

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Januar–März



1/2011

Statistisches Bundesamt

Informationen aus der amtlichen Statistik
Nr. 1/2011
Januar–März 2011

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im April 2011

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	Seite
Große Ereignisse in 2011	5
Informationen zum Agrarzensus 2010	6
Wer produziert unsere Lebensmittel?	6
Informationen zum Zensus 2011	7
9. Mai 2011 ist Zensusstichtag	7
Forschungsprojekt zum Stichprobenverfahren beim Zensus 2011 abgeschlossen	7
Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen	7
Informationen für Blinde und Sehbehinderte	8
Ergebnisse der Frühjahrs-ALK	8
Ergebnisse des AESS am 10. Februar 2011	9
Prioritätensetzung im Europäischen Statistischen System (ESS)	10
Fahrplan für die Revision des Code of Practice	10
Professor Dr. Heinz Grohmann vollendete 90. Lebensjahr	10
Statistische Woche 2011: 100 Jahre Deutsche Statistische Gesellschaft	11
Bürokratiekosten	11
Bürokratiekosten mit eigener rechtlicher Grundlage	11
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	12
Jahresbericht 2010	12
„Wirtschaft und Statistik“ im neuen Design	12
Bildungsfinanzbericht 2010	13
Kulturfinanzbericht 2010	13
Demographische Standards 2010	13
Regio-Stat-Katalog 2011	14
Kindertagesbetreuung	14
Pflegestatistik 2009	14
Länderprofil Japan	15
GENESIS-Online: Nutzerrekord und neue Funktionalitäten	15
Wahlen	15
Wahlkreiscommission: Bericht zur Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2013	15
Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation	16
Vierte Sitzung der Sponsorship Group on Communication	16
Delegation des russischen Statistikamtes zu Besuch	16
Besuch aus dem Bundeswirtschaftsministerium	16
Statistikveranstaltung im BMWi	17
5. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten	17
Neues Leistungsverzeichnis und Entgeltmodell der Forschungsdatenzentren	18
Kombinierte Firmendaten für Deutschland	18
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise	18
Bruttoinlandsprodukt 2010	18
Verbraucherpreise 2010	19
Unternehmensregister, Verdienste, Industrie	19
Fachausschuss „Tourismusstatistik“	19
Deutsch-Chinesisches Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ und „Verdienst- und Arbeitskostenstatistiken“	20
Chinesisches Statistikamt zu Besuch in Wiesbaden	21

Neue AG Wärme gegründet	21
Tarifverdienste 2010	21
Bevölkerung	22
Zahl der Privathaushalte steigt bis 2025 weiter	22
In Deutschland sind sieben von zehn Müttern erwerbstätig	22
Landwirtschaft	22
Neufassung des Weingesetzes	22
Personalnachrichten	23

Anhang

Tagungskalender

Übersicht der im Jahre 2010 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen

Sach- und Personenregister zum Jahrgang 2010 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: März 2011

Große Ereignisse in 2011



Sehr geehrte Mitglieder des Statistischen Beirats,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir befinden uns schon drin, im ereignisreichen Jahr 2011. Voller Spannung erwarten wir ihn, den Stichtag des Zensus 2011. In weniger als fünf Wochen, am 9. Mai 2011, ist die Bevölkerung gefragt. Mit Ihren Auskünften stellen wir die Bevölkerungsstatistiken der Bundesrepublik nach nunmehr 24 Jahren auf eine neue Grundlage. Um die Bevölkerung ausführlich über den Zensus aufzuklären, wird das Statistische Bundesamt in den kommenden Wochen seine Öffentlichkeitsarbeit nochmals intensivieren. Unsere Werbespots finden Sie im Kino, im Fernsehen oder im Radio. Darüber hinaus möchte ich Ihnen insbesondere unsere Webseite www.zensus2011.de empfehlen, auf der wir alle wichtigen Informationen ansprechend und nutzergerecht aufbereitet haben.

Neben diesem Großprojekt haben wir dieses Jahr aber noch einen weiteren, nicht weniger innovativen Zensus im Programm. Der deutsche Beitrag zum weltweiten Agrarzensus wurde im ersten Halbjahr 2010 erhoben und erste vorläufige Ergebnisse lagen bereits zur Internationalen Grünen Woche am 27. Januar 2011 vor. Die endgültigen Ergebnisse des Agrarzensus 2010 wird das Statistische Bundesamt ab dem zweiten Quartal 2011 publizieren. Zukunftsweisend an diesem Zensus ist insbesondere, dass die Geokoordinaten der landwirtschaftlichen Betriebe in den regulären Merkmalskranz aufgenommen wurden. Mit der Landwirtschaftszählung 2010 können wir somit zum ersten Mal eine Statistik unabhängig von Verwaltungsgrenzen auswerten.

Abschließend möchte ich Ihnen noch eine wichtige personelle Änderung im Statistischen Bundesamt mitteilen. Mit Wirkung zum 1. April 2011 hat unser Vizepräsident, Peter Weigl, eine Stelle als Direktor beim Bundesverfassungsgericht angetreten. Hierfür wünsche ich ihm viel Erfolg und alles Gute. Seine Stelle wurde ausgeschrieben.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien Frohe Ostern!

Ihr



Roderich Egeler

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Informationen zum Agrarzensus 2010



Informationen zur Landwirtschaftszählung 2010 erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8660 oder www.destatis.de/lwz2010.

Wer produziert unsere Lebensmittel?

Im ersten Halbjahr 2010 wurde nach zehn Jahren wieder eine Landwirtschaftszählung in Deutschland durchgeführt. Landwirtschaftszählungen dienen einer umfassenden und aktuellen Situationsaufnahme in der Landwirtschaft. Die Zählung ist Teil des von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen initiierten weltweiten Agrarzensus, der von mehr als 100 Staaten durchgeführt wird. In der Europäischen Union (EU) wurde die Landwirtschaftszählung federführend durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) geplant und in der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 umgesetzt. Dies gewährleistet europaweit weitgehend harmonisierte durchgeführte Befragungen und sichert die Bereitstellung vergleichbarer Informationen über die Landwirtschaft.

Inhaltlich weicht die Landwirtschaftszählung 2010 deutlich von den vorhergehenden Zählungen ab. Mehr als 300 000 Landwirte gaben Auskunft zu den klassischen Merkmalen der Produktionsstrukturen und -kapazitäten ihrer Betriebe sowie über ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Bei einer Stichprobe von etwa 80 000 Landwirten wurden einmalig Informationen zu angewandten Produktionsmethoden in der Bodenbearbeitung und Tierhaltung erfragt. Hintergrund ist, dass in der gemeinsamen Agrarpolitik der EU der Umwelt- und Klimaschutz erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Zudem sind nach der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 als neues Merkmal die Geokoordinaten des Betriebsesitzes der befragten Betriebe zu ermitteln und an Eurostat zu übermitteln. Um eine Identifikation der Betriebe zu verhindern, werden dabei jedem georeferenzierten Standort mindestens zwei Betriebe zugeordnet und die zugehörigen Breiten- und Längengrade auf einzelbetrieblicher Ebene gerundet.

Um die Landwirte von statistischen Auskunftspflichten zu entlasten, wurden für einen Teil die bereits in Förderanträgen und in der Rinderdatenbank gemachten Angaben über Flächen und Tierbestände übernommen. Zur Landwirtschaftszählung wurden alle landwirtschaftlichen Betriebe befragt, die bestimmte Mindestgrößen erreichten. Um kleinere Betriebe zu entlasten, wurden die nach der europäischen Rechtsgrundlage möglichen Spielräume zur Anhebung der Erfassungsgrenzen genutzt.

Erste vorläufige Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 konnte das Statistische Bundesamt bereits im Januar anlässlich

der Messe „Internationale Grüne Woche 2011“ in Berlin vorstellen. Hiernach bewirtschafteten rund 301 000 Betriebe knapp 16,8 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). Im Durchschnitt verfügte ein landwirtschaftlicher Betrieb somit über eine Fläche von 56 Hektar. In rund 217 000 der landwirtschaftlichen Betriebe wurden Tiere gehalten. In deren Ställen oder auf deren Weiden standen etwa 12,6 Millionen Rinder, 27,3 Millionen Schweine, 131,2 Millionen Stück Geflügel, 465 900 Pferde und Esel, 2,1 Millionen Schafe sowie 124 200 Ziegen. In Deutschland waren im Jahr 2010 rund 1,1 Millionen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte, 568 000 Personen, waren Familienarbeitskräfte. Weiterhin arbeiteten 195 000 ständig angestellte Arbeitskräfte und 334 000 Saisonarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben. Neben der landwirtschaftlichen Primärproduktion zählen auch andere Tätigkeiten zum Arbeitsbereich landwirtschaftlicher Betriebe, wie Urlaub auf dem Bauernhof und die Direktvermarktung. Immerhin ein Drittel aller Betriebe gab an, Umsätze aus solchen zusätzlichen Tätigkeiten zu erwirtschaften. Am häufigsten nannten die rund 98 000 landwirtschaftlichen Betriebe mit Einkommensalternativen die Erzeugung erneuerbarer Energien.

Weitere Angaben zu Größe und Struktur landwirtschaftlicher Betriebe, deren Flächenbewirtschaftung und Viehhaltung, zu speziellen Bodenbearbeitungsverfahren und Stallhaltungsformen sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien finden Sie in den vorläufigen Ergebnissen zur Landwirtschaftszählung 2010, die Sie unter www.destatis.de/lwz2010 abrufen können. Sie finden hier ebenfalls den ausführlichen [Qualitätsbericht](#) für die Landwirtschaftszählung.

Die vollständigen und endgültigen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 wird das Statistische Bundesamt ab dem zweiten Quartal 2011 publizieren.

Informationen zum Zensus 2011



Informationen zum Zensus 2011 erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2011 oder www.zensus2011.de/kontakt.

9. Mai 2011 ist Zensusstichtag

Am 9. Mai 2011 ist Stichtag für den Zensus 2011. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zählen an diesem Tag, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner Deutschland hat.

Warum aber wurde im Zensusgesetz 2011 gerade dieser Tag als Stichtag festgelegt? Tatsächlich gibt es nicht den einen Grund für einen bestimmten Tag. Bei der Auswahl dieses Termins spielte eine ganze Reihe von organisatorischen, aber auch ganz praktischen Überlegungen eine Rolle: Ferienzeiten oder religiöse Feiertage wie Ostern und Weihnachten scheiden als Zensusstichtag aus. Außerdem wäre es ungünstig, wenn unmittelbar vor, während oder nach dem Zensus ein wichtiges politisches Ereignis, wie zum Beispiel eine Landtagswahl, stattfinden würde.

Ein Stichtag am Jahresanfang wäre ebenfalls ungünstig. Oft führen Verwaltungen zu diesem Zeitpunkt Softwarewechsel oder -aktualisierungen durch und haben deshalb einen erhöhten Arbeitsaufwand in ihren IT-Bereichen. Die Verwaltungen bereinigen darüber hinaus zum 31. Dezember in der Regel ihre Register. Registerauszüge bei einem Stichtag zum Jahresende wären aus diesen Gründen möglicherweise fehlerbehaftet. Bei Registerauszügen im Frühjahr hingegen liegen aktuellere Daten vor.

Und schließlich: Da die etwa 80 000 Interviewerinnen und Interviewer auch in den Abendstunden unterwegs sein werden, um die Bürgerinnen und Bürger zu Hause anzutreffen, sollte der Stichtag in einer Jahreszeit liegen, in der es abends lange hell ist.

Alle diese Überlegungen führten zu einem Termin im Frühjahr und letztendlich zum 9. Mai 2011.

Forschungsprojekt zum Stichprobenverfahren beim Zensus 2011 abgeschlossen

Ein Forscherteam um Professor Dr. Ralf Münnich (Universität Trier) und PD Dr. Siegfried Gabler (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim) hat den Abschlussbericht „Stichprobenforschungsprojekt zum deutschen Zensus 2011 – Ergebnisse und Empfehlungen“ vorgelegt. Damit endet ein 3½ Jahre dauerndes Großprojekt zur methodischen Entwicklung der Stichprobenerhebung im Rahmen des registergestützten Zensus 2011. Die von den Forschern abgegebenen Empfehlungen basieren auf empirischen Forschungsergebnissen, die anhand umfangreicher

Simulationsrechnungen auf einem möglichst realitätsgetreuen Datenbestand – einer „Nachbildung“ der späteren Grundgesamtheit der Bevölkerung Deutschlands mit ihren zensusrelevanten Personenmerkmalen – erzielt wurden.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden in ihren Zensusgremien die Empfehlungen der Forscher diskutieren und darauf aufbauend ein Hochrechnungskonzept zum Nachweis von Zensusergebnissen aus der Haushaltsstichprobe erstellen.

Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen

Beim registergestützten Zensus wird im Gegensatz zu traditionellen Volkszählungen nicht mehr jeder Haushalt von Interviewerinnen und Interviewern befragt. Trotzdem werden am Ende alle Einwohnerinnen und Einwohner gezählt sein. Wie funktioniert das?

Zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen wird zunächst auf die kommunalen Einwohnermelderegister zurückgegriffen: Diese übermitteln zum Stichtag 9. Mai 2011 die Daten an die Statistischen Ämter der Länder und dort werden sie ausgezählt. Das allein reicht aber zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen nicht aus: Denn in den Melderegistern sind Über- und Untererfassungen (so genannte Karteileichen beziehungsweise Fehlbestände) enthalten, die das Ergebnis verzerren. Diese müssen und können statistisch mithilfe der Ergebnisse von Befragungen korrigiert werden.

Das geschieht auf unterschiedlichen Wegen, denn im Zuge des Zensustests 2001 wurde festgestellt, dass in großen Gemeinden die Melderegister prozentual mehr Karteileichen und Fehlbestände enthalten als in kleinen Gemeinden. Deshalb erfolgt die Ermittlung in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern in einem anderen Verfahren als in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

In Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern werden die amtlichen Einwohnerzahlen folgendermaßen ermittelt:

Ausgangspunkt und Basis für die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl der Gemeinden sind die Daten aus den kommunalen Melderegistern. Um festzustellen, wie viele Karteileichen und Fehlbestände in den Melderegisterdaten enthalten sind, wird deutschlandweit bei etwa 10% der Bevölkerung eine Haushalbefragung durchgeführt. Stellt man beispielsweise fest, dass an einer Anschrift neun Personen wohnen, obwohl zehn Personen gemeldet sind, stellt die eine gemeldete Person eine Karteileiche dar; sie darf nicht zu den amtlichen Einwohnern gezählt werden. Vielmehr werden die in der Haushalbefragung ermittelten Kartei-

leichen und Fehlbestände anschließend auf die gesamte Gemeinde hochgerechnet.

In Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern werden die amtlichen Einwohnerzahlen wie folgt ermittelt:

In kleinen Gemeinden ist die Registerqualität im Durchschnitt besser als in den größeren Gemeinden, die Melderegister enthalten also nur wenige Karteileichen und Fehlbestände. Um diese mit der Haushaltebefragung zu entdecken, müsste man anteilmäßig sehr viele Menschen in diesen Gemeinden befragen, das heißt eine Stichprobe mit sehr hohem Auswahlsatz ziehen. Deshalb kommen hier andere Korrekturverfahren zum Einsatz, die zu gleichwertigen Ergebnissen führen. Wenn Personen in mehreren Gemeinden mit Hauptwohnung gemeldet sind und mindestens eine dieser Gemeinden weniger als 10 000 Einwohner hat, erhalten sie gemäß § 15 Zensusgesetz 2011 einen Fragebogen, in dem sie zu ihrem Hauptwohnsitz befragt werden (so genannte Mehrfachfallprüfung).

Sollte bei einer Anschrift in einer Gemeinde unter 10 000 Einwohnern eine Differenz zwischen den Melderegisterangaben und den Angaben zur Gebäude- und Wohnungszählung auffallen, wird bei den Bewohnerinnen und Bewohnern der betreffenden Anschrift gemäß § 16 Zensusgesetz 2011 noch einmal gezielt nachgefragt, um Klarheit zu erhalten (so genannte Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten). Die Ergebnisse dieser Feststellungen fließen in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern in die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen ein.

Diese Verfahren gelten aber nur für die Bevölkerung an normalen Wohnanschriften. Um eine mögliche soziale Benachteiligung zu vermeiden sowie aus verfahrenstechnischen und methodischen Gründen wird die amtliche Einwohnerzahl bei Bewohnerinnen und Bewohnern von Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften (so genannten Sonderbereichen wie zum Beispiel Behindertenwohnheimen, Altenheimen) mit einer Vollerhebung festgestellt. Auch die Ergebnisse dieser Erhebungen fließen in die amtlichen Einwohnerzahlen ein.

Informationen für Blinde und Sehbehinderte

Blinde und sehbehinderte Menschen können sich schnell und einfach über den Zensus 2011 informieren. Unter www.zensus2011.de/barrierefrei-kompakt bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine MP3-Datei sowie eine Datei im DAISY-Format mit vielen Informationen rund um den Zensus 2011 an.

Die MP 3-Datei enthält unter anderem auch wichtige Hinweise, wie Blinde und Sehbehinderte beim Zensus barrierefrei ihre Auskunft

geben können. Hier bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verschiedene Möglichkeiten an.

Bei der Haushaltebefragung und der Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften werden grundsätzlich Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt, die zusammen mit den Befragten den Fragebogen ausfüllen. Sie sind speziell geschult und selbstverständlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sollte eine Unterstützung durch die Interviewerin oder den Interviewer nicht gewünscht sein, kann der Fragebogen alternativ auch über das barrierefreie Online-Meldeverfahren unter www.zensus2011.de ausgefüllt werden. Die Zugangsdaten sind auf dem Fragebogen eingedruckt. Blinde und sehbehinderte Menschen können gegebenenfalls eine Vertrauensperson hinzuziehen, die Ihnen die Zugangsdaten zum Online-Meldeverfahren vorliest. Auch bei der postalisch durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung empfehlen die statistischen Ämter die Meldung per barrierefreien Online-Fragebogen.

Ergebnisse der Frühjahrs-ALK

Am 1. Februar 2011 trafen sich die Leiterinnen und Leiter der statistischen Ämter von Bund und Ländern zur ersten von drei Amtsleiterkonferenzen (ALK) im Jahr 2011.

Anlass für die Einladung zu dieser ALK war der Beschluss vom November 2010, mit dem die Amtsleitungen die Gremien im Statistikverbund neu geordnet haben. So wurden u. a. die beiden Ausschüsse „Strategie und Marketing“ (ASM) sowie „Organisation und Umsetzung“ (AOU) aufgelöst. Bevor diese Ausschüsse im Jahr 2005 ihre Arbeit aufnahmen, tagte die ALK bereits jeweils im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres. Zukünftig wird zu einer dritten ALK im Frühsommer eingeladen, die von einem Statistischen Landesamt ausgerichtet wird und damit die Amtsleitertagung (ALT) ersetzt.

Zu Beginn der Sitzung am 1. Februar berieten die Amtsleitungen über die organisatorischen Konsequenzen aus der Neustrukturierung der Gremienzusammenarbeit im Statistikverbund. Dabei wurde u. a. beschlossen, ein systematisches Controlling zur verbundweiten Umsetzung von Beschlüssen (und den damit zusammenhängenden Maßnahmen) zu etablieren. Außerdem verabschiedeten die Amtsleitungen eine Geschäftsordnung, die die Zusammenarbeit in den Bund-Länder-Gremien regelt.

Ein weiteres wichtiges Thema der Konferenz war die Vorbereitung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 10. Februar 2011 (siehe gesonderter Bericht).

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Qualität der statistischen Prozesse und Produkte“ führte in ihrem jährlichen Bericht aus, dass die Entwicklungsarbeit bei einem Großteil der Arbeitsaufträge bereits kurz vor dem Abschluss steht. Da die Diskussionen und Entwicklungen zu Qualität auf europäischer Ebene bisher nicht abgeschlossen sind, werden diese von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe regelmäßig verfolgt und erörtert. Hierbei stehen insbesondere die Arbeiten der Sponsorship Group „Quality“, in der das Statistische Bundesamt vertreten ist, und die Entwicklung von Qualitätsberichten sowie Qualitätsindikatoren im Vordergrund. Ein wichtiges Ergebnis stellt die Anpassung der Struktur der Qualitätsberichte an die europäischen Metadatenforderungen dar. Nach aktuellen Planungen sollen alle Qualitätsberichte möglichst bis 2013 von den Fachbereichen umgestellt werden. Anschließend werden die Berichte nach einem festen Turnus regelmäßig aktualisiert. Daneben zeichnet sich auf europäischer Ebene eine Festlegung von Qualitätsindikatoren ab (dazu zählen quantitative Angaben zum Stichprobenzufallsfehler oder die Antwortausfälle auf der Ebene der Einheiten etc.), die künftig von den nationalen Statistikämtern bereitgestellt werden sollen. Außerdem wurde ein auf europäischer Ebene entwickelter Fragebogen zur Selbstbewertung von Statistiken anhand von Pilotanwendungen in drei Fachbereichen getestet. Nach Abschluss der Evaluation wird bei positivem Ausgang ein Umsetzungskonzept entwickelt.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Reform der Unternehmensstatistik“ hat einen Entwurf für eine Auswertungsdatenbank vorgelegt und wurde mit der weiteren Konkretisierung des Konzeptes beauftragt. In dieser Auswertungsdatenbank sollen Einzeldaten der Strukturstatistiken zusammenlaufen, damit die statistischen Ämter von Bund und Ländern in effizienter Weise wirtschaftsbereichsübergreifende Auswertungen (insbesondere bei Ad-hoc-Anfragen) durchführen können. Dadurch soll ein großer Schritt in Richtung der zentralen Reformziele Kohärenz, Konsistenz und Flexibilität ermöglicht werden.

Die Leitung des Bund-Länder-Projektes „Unternehmensregister neu“ (URS-Neu) berichtete über den derzeitigen Sachstand der Migration des bisher dezentralen Unternehmensregisters in eine zentrale Datenhaltung.

Abschließend wurde über ein Treffen zwischen Eurostat und der europäischen Generaldirektion (DG) „Regio“ informiert, zu dem u. a. das Statistische Bundesamt hinzugezogen wurde. Hierbei standen vor allem die Weiterentwicklung der Regionalstatistik und der Bedarf nach europaweit einheitlichen kleinräumigen Daten im Mittelpunkt. Die DG „Regio“ zeigte in dem Gespräch ein großes Interesse an [Urban Audit](#), einem definierten Datensatz zu ausgewählten europäischen Städten, und den georeferenzierten Daten von [INSPIRE](#).

Die nächste Amtsleiterkonferenz findet am 30./31. Mai 2011 im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg statt. Die Herbst-ALK wird wie gewohnt im November dieses Jahres in Wiesbaden tagen.

Ergebnisse des AESS am 10. Februar 2011

Am 10. Februar 2011 fand die achte Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) in Luxemburg statt. Die beiden auf der Tagesordnung stehenden Komitologieangelegenheiten zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 über Statistiken zu Pestiziden wurden durch die Mitgliedstaaten (MS) einstimmig verabschiedet. In den von den MS erbetenen Stellungnahmen zum Entwurf der Verordnung über Statistiken zum Verbrechenschutz unterstützten die MS grundsätzlich das Ziel, eine Opferbefragung in 2013 durchzuführen. Es zeigten sich aber noch Mängel in dem Entwurf, die vor der Übersendung an den Rat und das Europäische Parlament behoben werden sollten. Darüber hinaus wurden im AESS in einer ersten Diskussionsrunde die Leitlinien zur Revision der Verordnung (EG) Nr. 381/2002 über den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke beraten. Das vorgestellte Dokument nennt die wesentlichen Merkmale der neuen Verordnung und behandelt noch offene Fragen. Die kritischen Anmerkungen der MS zu verschiedenen Elementen der Leitlinien sollen bei den weiteren Diskussionen der zuständigen Task Force berücksichtigt werden.

Darüber hinaus stellte Eurostat seine Pläne zum Ausbau des Regelungsrahmens für das Europäische Statistische System (ESS) als Vorschlag zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) vom November 2010 über die Gewährleistung der Qualität der Indikatoren für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EU sowie die Pläne für eine verbesserte Qualitätsbewertung der Daten über das Verfahren bei übermäßigem Defizit vor. In diesem Rahmen kündigte Eurostat zur näheren Spezifizierung eine Kommissionsmitteilung an den Rat und das Europäische Parlament mit dem vorläufigen Namen „Towards robust quality management for European Statistics“ an. Wir werden Sie darüber informieren.

Des Weiteren wurde die Überarbeitung des Code of Practice durch die Sponsorship Group „Qualität“ diskutiert. Die vorgeschlagenen moderaten Änderungen zur Stärkung der fachlichen Unabhängigkeit und zur Nutzung von Verwaltungsdaten wurden von den MS begrüßt.

Außerdem berichtete Eurostat über das weitere Vorgehen beim Verordnungsentwurf zum European System of Accounts (ESA) 2010 (KOM(2010) 774), der im Dezember 2010 von der Kommission verabschiedet wurde. Am 5. April 2011 fanden in der Rats-

Arbeitsgruppe „Statistik“ die ersten Beratungen stattfinden. Obwohl die MS und Eurostat bei diesem Thema intensive Beratungen erwarten, hat Eurostat sich das Ziel gesetzt, die Verordnung in 2012 zu verabschieden.

Prioritätensetzung im Europäischen Statistischen System (ESS)

Auf der siebten Sitzung des AESS im November 2010 stellte Eurostat Vorschläge für negative Prioritäten für das Jahresprogramm 2012 und Überlegungen für eine zukünftige strategische Prioritätensetzung im ESS vor. Zu den Einsparvorschlägen für 2012 nahmen die Mitgliedstaaten (MS) im Januar 2011 durch eine Umfrage der Partnerschaftsgruppe Stellung.

Im Rahmen einer extra eingesetzten Arbeitsgruppe zur negativen Prioritätensetzung wurden im März 2011 die Ergebnisse der Umfrage analysiert und das zukünftige Vorgehen bei der Prioritätensetzung diskutiert.

Bei den Einsparvorschlägen Eurostats für 2012 handelt es sich überwiegend um punktuelle Vorschläge. Die MS haben diesen überwiegend zugestimmt. Aufgrund der – im Gegensatz zu Deutschland – in den meisten MS geringen Bedeutung des Auftragseingangs spricht sich die Mehrheit der MS für dessen Einstellung auf europäischer Ebene aus. Der in Deutschland als wichtiger Frühindikator geltende Auftragseingang wäre durch eine nationale Rechtsgrundlage abgedeckt.

Als strategische Prioritäten für das Mehrjahresprogramm 2013–2017 plant Eurostat das Redesign bzw. die Umstrukturierung der fünf großen Statistikbereiche IntraStat, Prodcom, Strukturelle Unternehmensstatistik, Energie/Umwelt und Landwirtschaft. Dadurch sollen wesentliche Modernisierungseffekte und Einsparungen erreicht werden. Deutliche Effizienzgewinne werden auch von der Neukonzeptionierung der Sozialstatistik erwartet. Für die negative Prioritätensetzung soll in der Zukunft ein kontinuierliches Verfahren entwickelt werden.

Die Diskussion über das Jahresprogramm 2012 und das neue Mehrjahresprogramm 2013–2017 wird Schwerpunktthema des neunten AESS im Mai 2011 sein.

Fahrplan für die Revision des Code of Practice

Nach der Diskussion der Revision des Code of Practice auf der achten Sitzung des AESS legte Eurostat einen Bericht über die

bisherige Arbeit und das weitere Vorgehen zur Überarbeitung des Code of Practice für die Sitzung der Partnerschaftsgruppe Ende März 2011 vor. Nach dem vorgelegten Fahrplan setzte sich die Sponsorship Group „Qualität“ in ihrer Sitzung am 30. März 2011 mit den Stellungnahmen des AESS, des Europäischen Beratergremiums für die statistische Governance (ESGAB), der Partnerschaftsgruppe und der gemeinsamen Task Force aus Mitgliedern der Sponsorship Group „Qualität“ und Vertretern des ESZB (Europäisches System der Zentralbanken) auseinander. Im Mai 2011 wird dann der AESS nochmals Stellung nehmen und der ESGAB seine offizielle Stellungnahme zur Überarbeitung des Code of Practice abgeben. Nach einer letzten Diskussion der Partnerschaftsgruppe soll die Revision auf der DGINS (Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter der Europäischen Union) am 26.–27. September 2011 in Wiesbaden diskutiert und auf dem anschließend stattfindenden AESS am 28. September 2011 angenommen werden.

Professor Dr. Heinz Grohmann vollendete 90. Lebensjahr



Am 21. Februar 2011 vollendete Professor Dr. Heinz Grohmann sein 90. Lebensjahr.

1921 in Dresden geboren, konnte er durch den Krieg und dessen Folgen bedingt erst 1953 sein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main aufnehmen.

In seiner Dissertation befasste er sich mit der „Entwicklung eines Bevölkerungsmodells zur Beurteilung der dynamischen Rente“, einem Thema, das ihn noch lange begleiten sollte und auch heute nichts an Aktualität eingebüßt hat. Als Sachverständiger und Gutachter für den Sozialbeirat sowie für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung lieferte er später empirische Grundlagen für die Fortentwicklung des Systems der Alterssicherung in Deutschland und die längerfristigen Finanzierungsmöglichkeiten des Rentenversicherungssystems. Ein weiterer Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Beschäftigung mit den erkenntnistheoretischen Grundlagen der Statistik.

Als profundem Kenner der mathematisch-statistischen Methoden wie auch der Methoden und Inhalte der amtlichen Statistik ist Professor Dr. Grohmann stets der Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis der Statistik gelungen, sowohl bei seiner Tätigkeit als Hochschullehrer als auch im Rahmen seiner vielfältigen Berater-tätigkeiten für die amtliche Statistik. Von 1970 bis 1987 war er

Professor für Statistik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. In diese Zeit fiel auch die Auseinandersetzung um die für Anfang der 1980er-Jahre geplante Volkszählung, in der sich Professor Dr. Grohmann als wichtiger Unterstützer und Förderer der amtlichen Statistik erwies. Hervorzuheben sind vor allem sein Wirken als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung beim Statistischen Bundesamt und als Mitglied im Kuratorium des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Noch heute berät er das Statistische Bundesamt als Mitglied des Expertenkreises für Bevölkerungsvorausberechnungen.

Unermüdet setzte sich Professor Dr. Grohmann dafür ein, Methoden und Verfahren der Statistik weiterzuentwickeln. Dazu gehörten nicht nur die Vorschläge zur Einführung eines unterjährigen Mikrozensus, sondern auch der Paradigmenwechsel in der Volkszählung, den die amtliche Statistik mit dem registergestützten Zensus 2011 in diesem Jahr vollzieht.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang übte Professor Dr. Grohmann wichtige Funktionen in der Deutschen Statistischen Gesellschaft aus – als Schriftleiter des Allgemeinen Statistischen Archivs, Mitglied des Vorstandes und als Vorsitzender der Gesellschaft, die ihm 1996 die Ehrenmitgliedschaft verlieh. Auch in der Deutschen Gesellschaft für Demographie ist Professor Dr. Grohmann Ehrenmitglied.

Für sein Lebenswerk, sein herausragendes ehrenamtliches Engagement, sein Wirken als Hochschullehrer und seine Verdienste um die amtliche Statistik wurde Herr Professor Dr. Grohmann im Jahr 2006 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet (siehe [Wirtschaft und Statistik, Heft 7/2006, Seite 697](#)).

Statistische Woche 2011: 100 Jahre Deutsche Statistische Gesellschaft



Die diesjährige Statistische Woche findet vom 19. bis 23. September 2011 in Leipzig statt. Veranstalter der Statistischen Woche sind die Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG), der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und die jeweils gastgebende Stadt. Die statistischen Gesellschaften setzen dabei eigene thematische Schwerpunkte.

Die DStatG feiert dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Sie wurde 1911 gegründet und ist eine der großen wissenschaftlichen Ver-

einigungen in Deutschland. Die DStatG versteht sich als Bindeglied zwischen Produzenten und Nutzern.

Im Rahmen der Statistischen Woche veranstaltet sie gemeinsam mit der Fachgruppe Stochastik der Deutschen Mathematikervereinigung einen Nachwuchsworkshop.

Junge Statistikerinnen und Statistiker haben am 19. und 20. September 2011 die Möglichkeit, ihre Forschungsarbeit in einer kleinen Gruppe vorzustellen und mit erfahrenen Hochschullehrern zu diskutieren. Als Diskussionspartner stehen während des Workshops zur Verfügung:

- Prof. Dr. Karl Mosler (Universität zu Köln),
- Prof. Dr. Wolfgang Schmid (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) und
- Prof. Dr. Philipp Sibbertsen (Leibniz Universität Hannover).

Die Städtestatistik nimmt aktuelle Entwicklungen bei Stadtbeobachtung und Monitoring in den Fokus der Statistischen Woche. Viele Städte haben inzwischen integrierte oder Fachmonitoringsysteme aufgebaut – oder sie sind dabei dies zu tun. Präsentiert werden die Fortschritte beim kommunalen bzw. kommunalstatistischen Monitoring. Das Thema Lebensqualität lässt sich daraus unmittelbar ableiten und bildet einen eigenen programmatischen Schwerpunkt, hier mit besonderem Blick auf spezielle Stadtquartiere. Zu den Schwerpunktthemen „Räumliche Statistik“ und „jenseits des BIP – Die Vermessung der Wohlfahrt“ sowie zu allen anderen Sektionen können bis zum 18. April 2011 Beiträge eingereicht werden. Nähere Informationen finden Sie auf der [Tagungshomepage](#).

Bürokratiekosten

Bürokratiekosten mit eigener rechtlicher Grundlage

Am 22. März 2011 wurde das [Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates \(NKRK\)](#) im Bundesgesetzblatt (Nr. 11 vom 21. März 2011) verkündet. Damit hat die „Bürokratiekostenmessung“ eine eigene rechtliche Grundlage bekommen. Das Statistische Bundesamt unterstützt nun dauerhaft Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat bei der Gesetzesfolgenabschätzung.

Der neue § 8 des NKRK regelt die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes: „Das Statistische Bundesamt unterstützt bei Bedarf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat bei den sich aus diesem Gesetz ergebenden Aufgaben, insbesondere durch Auswertung vorliegender Daten und die Durchführung von Aufwands-

schätzungen. Es ist für den Aufbau und die Pflege der Datenbanken zuständig, die für Berichterstattung und Erfolgskontrolle im Sinne dieses Gesetzes erforderlich sind.“

In der Neufassung des Gesetzes wurde auch die methodische Grundlage erweitert. Danach wird nun der gesamte Aufwand zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten betrachtet und nicht mehr nur die [Informationspflichten nach dem Standardkosten-Modell](#).

Weiterhin wird die Arbeit von zwei Schwerpunkten bestimmt: Bei bereits bestehenden Regelungen werden in einzelnen Maßnahmen die Kosten für die Betroffenen ermittelt, um den Abbau unverhältnismäßiger Bürokratie zu ermöglichen. Für alle neuen Regelungen muss grundsätzlich der erwartete Aufwand für die Beteiligten vorab geschätzt werden, um die Rechtsetzung schon in der Entstehung verbessern zu können. Eventuell dazu notwendige Befragungen bleiben für die Interviewten freiwillig.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2632 oder unser [Kontaktformular](#).

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen



Das Internet ist mittlerweile das wichtigste Kommunikationsmedium des Statistischen Bundesamtes, entsprechend wurde die Veröffentlichungsstrategie auf das Internetangebot ausgerichtet. Alle Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes erscheinen online. Sie stehen über die Internet-Seite www.destatis.de unter dem Navigationsknoten [Publikationen](#) kostenfrei zur Verfügung.

Einige ausgewählte Publikationen können auch in gedruckter Form bezogen werden. Hierzu zählt unter anderem die Monatszeitschrift [Wirtschaft und Statistik](#). Die Auslieferung der Print-Publikationen übernimmt seit April 2011 der neue Vertriebspartner IBRo Versandservice GmbH.

Weitere Informationen erhalten Sie unter onlinepublikationen@destatis.de und unter vertrieb@destatis.de.

Jahresbericht 2010



Ende März ist der neue Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes erschienen. Der Jahresbericht richtet sich in erster Linie an politische Entscheidungsträger. Er soll aber auch für Leserinnen und Leser ohne statistische Fachkenntnisse verständlich sein und ihr Interesse an den (Dienst-)Leistungen des Statistischen Bundesamtes wecken.

Schwerpunktthemen des aktuellen Jahresberichts sind die Vorbereitungen zum Zensus 2011 und die Wohlfahrtsmessung. Daneben kamen Nutzer zu Wort: Wie nutzen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes? Vom Age-Management bis zu den Auswirkungen von Steuerreformen – bei der Fraunhofer Gesellschaft fließen die Statistiken in die angewandte Forschung ein. Mit Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, konnten wichtige Nutzerinnen statistischer Daten als Interviewpartnerinnen gewonnen werden.

Der Jahresbericht 2010 ist kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) erhältlich.

„Wirtschaft und Statistik“ im neuen Design



Vor 90 Jahren, im Jahr 1921, ist „Wirtschaft und Statistik“ zum ersten Mal erschienen, damals noch als Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes. An die Tradition dieser Zeitschrift knüpfte das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes an, als es im April 1949 die erste Ausgabe

von „Wirtschaft und Statistik“ in neuer Folge herausgab. Wenig später wurde dann das neu gegründete Statistische Bundesamt Herausgeber der Zeitschrift.

Seit dieser Zeit hat sich das Erscheinungsbild der Zeitschrift von Zeit zu Zeit verändert, um sie moderner und lesefreundlicher zu machen. Neue Verbreitungswege und Informationskanäle wurden genutzt, so ist z. B. in der freien Online-Enzyklopädie Wikipedia ein [Artikel](#) zur Zeitschrift aufgenommen worden. Die Weblinks auf der Wikipedia-Seite öffnen einen weiteren Zugang zu den Online-Angeboten des Statistischen Bundesamtes.

Die Zeitschrift steht zum kostenlosen Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung.

Bildungsfinanzbericht 2010



Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2010 Bildungsausgaben in Höhe von 102,8 Milliarden Euro veranschlagt, 4,5% mehr als im Haushaltsjahr 2009.

Der Bildungsfinanzbericht wird vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz erstellt. Er berücksichtigt neben den erwähnten Ergebnissen der Finanzstatistik öffentlicher Haushalte auch das konzeptionell umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Darin sind auch die von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und dem Ausland finanzierten Bildungsausgaben sowie die Forschungsausgaben enthalten.

Der Bildungsfinanzbericht enthält auch eine Einordnung Deutschlands für den international vergleichbaren Teil des Bildungsbudgets. Danach entfielen in Deutschland im Jahr 2007 beispielsweise 114,2 Milliarden Euro auf die Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die Berufsbildung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt entsprach dies einem Anteil von 4,7%. Damit lag Deutschland bei den Ausgaben für diese Bildungseinrichtungen deutlich unter dem für die Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ermittelten Durchschnitt von 5,7%.

Der Bildungsfinanzbericht 2010 enthält zahlreiche weitere Informationen zu den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben. Zusammen mit ergänzendem Datenmaterial sowie umfangreichen Tabellen steht der Bericht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung. In gedruckter Form kann der Bericht über das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) sowie über den Buchhandel (ISBN: 978-3-8246-0909-3) zum Preis von 9,80 Euro bezogen werden.

Kulturfinanzbericht 2010



Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2010 nach vorläufigen Ergebnissen Kulturausgaben in Höhe von 9,6 Milliarden Euro veranschlagt, 4,1% mehr als 2009.

Der Kulturfinanzbericht 2010 gibt einen Überblick über die öffentliche Finanzierung von Kultur und kulturnahen Bereichen sowie über die Ausgaben der privaten Haushalte in Deutschland für Kultur. Diese Gemein-

schaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist damit zum fünften Mal erschienen. Die Arbeiten an dem Bericht wurden begleitet von der Kultusministerkonferenz, dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Deutschen Städtetag.

Zusammen mit ergänzendem Datenmaterial steht der Kulturfinanzbericht 2010 als kostenfreier Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zur Verfügung. Außerdem kann er in gedruckter Form über das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) oder über den Buchhandel (ISBN: 978-3-8246-0908-6) zum Preis von 19,80 Euro bezogen werden.

Demographische Standards 2010



Die Demographischen Standards gehen auf die Initiative eines gemeinsamen Arbeitskreises - bestehend aus Vertretern des Statistischen Bundesamtes, der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI) und des Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM) - zurück.

Mit den [Demographischen Standards](#) werden soziostrukturelle Erhebungsmerkmale in den Bevölkerungsumfragen (Haushalts- und Personenbefragungen) vereinheitlicht, um damit eine größere Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen statistischen Erhebungen zu ermöglichen. Die jetzt vorliegende 5. Auflage der Veröffentlichung wurde vollständig überarbeitet und an die aktuelle gesellschaftliche Situation angepasst. Der Band enthält Erläuterungen für den nationalen, aber auch internationalen Einsatz. In die Überarbeitung neu aufgenommen wurde unter anderem ein Kapitel, in dem die Unterschiede der Demographischen Standards zu den „Core Social Variables“ erläutert werden. Bei den „Core Social Variables“ handelt es sich um eine Liste so genannter „Kernvariablen“, die seitens des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) in allen europäischen Haushalts- bzw. Personenerhebungen eingeführt werden sollen. Darüber hinaus werden hier zusätzliche Arbeitshilfen bereitgestellt, z. B. weiterzuverarbeitende Fragebogen und Umsteigeschlüssel für die Verschlüsselung von Berufen.

Die Veröffentlichung steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung.

Regio-Stat-Katalog 2011



Der aktuell vorliegende „Regionalstatistische Datenkatalog des Bundes und der Länder“ wurde zum Stand Januar 2011 erstellt und wird als kostenlose Print- und Online-Version herausgegeben. Die darin definierten Tabellen sind Grundlage für die regionalstatistischen Gemeinschaftsprodukte des Bundes und der Länder. Weitere regional gegliederte statistische Informationen finden Sie in folgenden Angeboten:

- Regionaldatenbank Deutschland,
- DVD „Statistik Lokal“,
- Regionalatlas.

Die [Publikation](#) steht kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4551 oder unser [Kontaktformular](#).

Kindertagesbetreuung

Kinder mit Migrationshintergrund besuchten Anfang 2010 öfter eine Kindertageseinrichtung oder wurden durch eine Tagesmutter beziehungsweise einen Tagesvater betreut als im Jahr davor. Die Betreuungsquote – das heißt, der Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung bezogen auf alle Kinder in der jeweiligen Bevölkerung – erhöhte sich bundesweit bei Kindern bis fünf Jahren mit Migrationshintergrund gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozentpunkte auf 48,9% (Stichtag 1. März 2010). Die Betreuungsquote bei Kindern ohne Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe lag mit 61,7% deutlich darüber (+ 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung – insbesondere für Kinder unter drei Jahren – steht bundesweit im Fokus der öffentlichen und politischen Diskussion.



Die neu erschienene Gemeinschaftsveröffentlichung „[Kindertagesbetreuung regional 2010](#)“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder enthält Daten zur Situation der Kindertagesbetreuung in allen 412 Stadt- und Landkreisen in Deutschland.

Neben dem quantitativen Ausbau steht insbesondere die qualitative Betreuung von Kindern im Mittelpunkt der Diskussion. Der Personalschlüssel ist – neben dem Qualifikationsniveau des pädagogisch tätigen Personals – ein

wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Qualität der Erziehung sowie der Bildung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen.



Informationen hierzu finden Sie im erstmalig veröffentlichten [Personalschlüssel für verschiedene Gruppentypen in Kindertageseinrichtungen](#).

Das Statistische Bundesamt möchte mit der Statistik über die Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen eine kontinuierliche Ergebnisbereitstellung sichern. Dazu wurden mit dem Einzeldatenmaterial der Statistischen Ämter der Länder verschiedene Berechnungen durchgeführt. Sie bilden die Basis für eine einheitliche Methodik zur Berechnung des Personalschlüssels.

Die Publikationen sind kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) erhältlich.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8159 oder unser [Kontaktformular](#).

Pflegestatistik 2009



Im Dezember 2009 waren in Deutschland 2,34 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI), das waren 322 000 Personen beziehungsweise 16,0% mehr als bei der ersten Durchführung der Erhebung im Jahr 1999. Im Vergleich zur letzten Bestandsaufnahme im Dezember 2007 stieg die Zahl der Pflegebedürftigen um rund 91 000 Personen oder 4,1%.

Die Vergleichbarkeit der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2009 mit den Ergebnissen der vorherigen Erhebungen ist leicht eingeschränkt. Ursache ist eine im Detail geänderte Ermittlung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen aufgrund der Reformen der Pflegeversicherung im Sommer 2008. Der damit verbundene Dämpfungseffekt für die Veränderungsrate bei der Pflegestatistik 2009 dürfte im bundesweiten Mittel etwa einen Prozentpunkt betragen.

Der neu erschienene Bericht „[Pflegestatistik 2009](#) – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse“ stellt die veränderte Methodik ausführlich dar und enthält weitere Ergebnisse des Jahres 2009 – insbesondere auch zu Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten einschließlich Personal.

Der Bericht kann kostenlos abgerufen werden. Weitere Berichte zur Pflegestatistik stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8106 oder unser [Kontaktformular](#).

Länderprofil Japan



Erdbeben, Tsunami und die schweren Folgen der Naturkatastrophe haben im März Japan ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit gerückt.

Das Statistische Bundesamt bietet mit seinem [Länderprofil Japan](#) auf sechs Seiten umfangreiches Datenmaterial zu „Wirtschaft, Bevölkerung, Soziales, Infrastruktur und Umwelt“.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-9494 oder unter www.destatis.de.

GENESIS-Online: Nutzerrekord und neue Funktionalitäten

Mit 1,1 Millionen Tabellenabrufen im Jahre 2010 wurde erstmalig die Millionengrenze überschritten. Gegenüber 2009 haben sich die Tabellenabrufe damit nahezu verdoppelt.

Auch im Jahre 2010 wurde GENESIS-Online inhaltlich konsequent weiter ausgebaut. Neu aufgenommen wurden insgesamt 12 Statistiken aus den Bereichen Kultur, Öffentliche Sozialleistungen, Gesundheitswesen, Abfallwirtschaft, Umweltschutz, Landwirtschaft, Arbeitsproduktivität, Wärmeversorgung, Baugewerbe, Informations- und Kommunikationstechnologie, Verdienste sowie ein weiteres Indikatorensystem „Kulturindikatoren“. Ende 2010 standen 184 Statistiken mit insgesamt 200 Millionen Werten zur Verfügung.

Neben den inhaltlichen Erweiterungen von GENESIS-Online wirkte sich auch die im Februar 2010 freigeschaltete neue Version mit zahlreichen funktionalen Erweiterungen nachhaltig positiv auf die Nutzung der Datenbank aus.

In den letzten Jahren wurde das Angebot sukzessiv um Optionen zur grafischen Visualisierung der statistischen Daten erweitert. Liniendiagramme für Zeitreihen, Balkendiagramme sowie geografische Karten erleichtern die Interpretation der Ergebnisse. Seit Ende Oktober 2010 wird diese Palette innerhalb von GENESIS-Online um eine weitere Option „interaktive Karten“ ergänzt. Sie steht für viele regional gegliederte Ergebnistabellen zur Verfügung.

Flexible Werkzeuge zum Einblenden zusätzlicher geografischer Informationen unterstützen das Erkennen räumlicher Zusammenhänge in den Daten, die sich bei einem Blick auf die zugehörige

Tabelle nur schwer erschließen. Die kartografische Visualisierung der in GENESIS erzeugten Tabelle erfolgt nach Betätigen der Schaltfläche *Interaktive Karten* in einem neuen Browserfenster mit eigenständigem Layout. Technisch basiert die Entwicklung vollständig auf Open Source Software, wobei weitestgehend serverseitige Technologie eingesetzt wird. Die Kartenerstellung erfolgt über den in der „Geodatenwelt“ weit verbreiteten Standard WMS (Web Map Service). Aufgrund dieser Standardisierung kann jede angezeigte Karte auch in andere Geoviewer und sogar in automatisierte Prozesse eingebunden werden. Mit dieser Funktionalität kann das Statistische Bundesamt die entwickelte Technologie künftig auch nutzen, um Darstellungsdienste im Kontext nationaler und europäischer Geodateninfrastrukturen (GDI-DE, INSPIRE) bereitzustellen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2746 oder unser [Kontaktformular](#).

Wahlen

Wahlkreiskommission: Bericht zur Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2013



Der Bericht der Wahlkreiskommission zur Wahlkreiseinteilung für die nächste Bundestagswahl ist öffentlich zugänglich. Am 21. Januar 2011 hat

Präsident Roderich Egeler als Vorsitzender der Wahlkreiskommission den Bericht dem Bundesministerium des Innern zu Händen von Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe übergeben. Der Bericht ist vom Parlament in der [Bundratsdrucksache 17/4642](#) vom 28. Januar 2011 veröffentlicht worden.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist traditionell Vorsitzender der Wahlkreiskommission, die als parteipolitisch unabhängiges, weisungsfreies Sachverständigenngremium mit ihrem Bericht die maßgebliche Vorarbeit für die Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Wahlkreiseinteilung für die jeweils nächste Bundestagswahl leistet. Aufgabe der Wahlkreiskommission ist es, über Änderungen der Bevölkerungszahlen in den Bundesländern und den einzelnen Wahlkreisen zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie nach den Bevölkerungszahlen für erforderlich hält. Maßgeblich hierfür ist der Abweichungswert der einzelnen Wahlkreise von der durchschnittlichen Bevölkerung eines Wahlkreises.

Auch aus anderen Gründen – etwa nach kommunalen Neugliederungen – kann die Kommission Änderungsvorschläge vorlegen.

Die Verteilung der 299 Wahlkreise auf die Bundesländer wird – wie seit 2009 die Sitzverteilung bei Bundestagswahlen – nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung Sainte-Laguë/Schepers berechnet. Hier hat die Überprüfung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Bundesländern und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung anhand der aktuellen Jahresendzahlen vom 31.12.2009 ergeben, dass Mecklenburg-Vorpommern einen Wahlkreis abgeben muss, während Hessen einen zusätzlichen Wahlkreis erhält. Die Wahlkreiskommission hat daher eine Neueinteilung der nunmehr 6 (statt bisher 7) Wahlkreise Mecklenburg-Vorpommerns vorgeschlagen. Für Hessen soll der zusätzliche 22. Wahlkreis (bisher 21) nach dem Vorschlag der Kommission aus der Stadt Schotten mit Gemeinden aus dem Main-Kinzig-Kreis und dem Wetteraukreis gebildet werden.

Außerdem schlägt die Wahlkreiskommission in mehreren Bundesländern Änderungen im Zuschnitt einzelner Wahlkreise vor. So empfiehlt sie in Bayern, aufgrund der kontinuierlich steigenden Abweichungswerte im Südwesten Oberbayerns mit hohen positiven Abweichungswerten und andererseits in Oberfranken mit durchweg negativen Abweichungswerten, als längerfristige Lösung einen weiteren Wahlkreis in Oberbayern zu bilden und dafür in Oberfranken nicht mehr fünf, sondern nur noch vier Wahlkreise vorzusehen. Weitere Änderungsvorschläge gibt es für einzelne Wahlkreise in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation

Vierte Sitzung der Sponsorship Group on Communication

Am 20./21. Januar 2011 fand die vierte Sitzung der Sponsorship Group on Communication mit Vertretern aus neun europäischen Statistikämtern und Eurostats im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden statt.

Die hochrangige Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Eurostat-Direktor Pieter Everaers und des spanischen Amtsleiters Jaime García hat zum Ziel, das 2009 gegründete Europäische Statistische System (ESS) verstärkt als ein Netzwerk aus nationalen

statistischen Ämtern und Eurostat für die Nutzer sichtbar zu machen und die Zusammenarbeit der Mitglieder des ESS im Bereich der Kommunikation zu verbessern. Das Statistische Bundesamt ist als ständiges Mitglied in der Sponsorship Group vertreten.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Formulierung des Zwischenberichts an den ESS-Ausschuss sowie die Fortschrittsberichte der bereits angestoßenen Projekte (u. a. Bildung eines Pressenetzwerkes, Entwicklung von Leitlinien für den Umgang mit sozialen Medien sowie für zielgruppenorientierte Websites und Qualität der Kommunikation). Die Sponsorship Group on Communication wird sich bis zum Ende ihres Mandates im Jahre 2011 noch zwei weitere Male treffen. Weitere Informationen bietet die Internetseite von Eurostat.

Delegation des russischen Statistikamtes zu Besuch

Die Zusammenarbeit mit dem russischen Statistikamt (ROSSTAT) gehört zu den strategisch bedeutendsten Partnerschaften von Destatis. Es findet daher seit einigen Jahren ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen der amtlichen Statistik statt. Vom 1. bis 3. März 2011 besuchte eine Delegation von ROSSTAT und seinen regionalen Statistikämtern das Statistische Bundesamt zu den Themen IT-Infrastruktur, Standards statistischer Daten und IT-Sicherheit. Delegationsleiter der russischen Seite war Wjatscheslaw Sabelin, stellvertretender Amtsleiter von ROSSTAT. Vizepräsident Peter Weigl begrüßte die Delegation. Ergänzend ließen sich die russischen Gäste im Hessischen Statistischen Landesamt die regionale Perspektive auf die geschilderten Themen erläutern.

Besuch aus dem Bundeswirtschaftsministerium

Am 15. März 2011 besuchte das neue Beiratsmitglied, Ministerialrat Klaus Müller vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Begleitet wurde er von seiner Referentin, Frau Regierungsdirektorin Hannelore Burmann-Jaschke. Der Leiter des Referates IC 3 – Demografie; Statistik hat seit Anfang dieses Jahres – im Zuge einer Umorganisation im BMWi – die Fachaufsicht für die Wirtschafts- und Unternehmensstatistiken sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen inne. Zuvor war diese im Nachbarreferat IC 4, bei Herrn Ministerialrat Dr. Mathias Bruch, angesiedelt.

Gesprächsthemen waren die neuen europäischen Anforderungen bei der Preisstatistik und den Short-term economic indicators

sowie der internationale Handel und seine Bezüge zu den globalen Wertschöpfungsketten. Darüber hinaus wurden die Entlastungsaspekte bei der Verwaltungsdatennutzung erörtert, insbesondere bei der geplanten Einführung eines Mix-Modells für die Monatserhebung im Kfz- und Großhandel (Änderung des Handelsstatistikgesetzes). Besprochen wurde zudem die Initiative, künftig wieder den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe zu erfassen. Dieser Vorschlag wird insbesondere von wichtigen Statistiknutzern wie der Deutschen Bundesbank und Wirtschaftsverbänden ausdrücklich begrüßt.

Statistikveranstaltung im BMWi

Auf Einladung des Statistikreferats des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) informierte das Statistische Bundesamt über Weiterentwicklungen des statistischen Berichtssystems und sein Dienstleistungsangebot vor rund 70 Zuhörerinnen und Zuhörern am 16. März 2011 im Hörsaal des Ministeriums. In seiner Begrüßung stellte Ministerialdirektor Dr. Alexander Groß, Leiter der Abteilung I „Wirtschaftspolitik“ des BMWi, den hervorragenden und international anerkannten Ruf des Statistischen Bundesamtes heraus und betonte die enge Zusammenarbeit zwischen dem BMWi und dem Statistischen Bundesamt.

Ausgangsfrage war, wie das statistische Berichtssystem weiterentwickelt werden kann, damit auch zukünftig die Statistik glaubwürdig bleibt und eine zuverlässige Grundlage für politische Entscheidungen sein kann. Hierzu stellte das Statistische Bundesamt die Vorschläge der internationalen Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts sowie der europäischen Initiative „[BIP-und-mehr](#)“ vor.

Darüber hinaus präsentierte der i-Punkt die wichtigsten Produkte der deutschen, europäischen und internationalen Statistik. Besonders interessiert zeigten sich die Teilnehmenden an dem Webauftritt zur [internationalen Statistik](#), der bereits auf dem Weltstatistiktag am 20. Oktober 2010 großen Anklang fand. Zudem äußerte das Statistikreferat des BMWi den Wunsch, eine separate Veranstaltung zum Außenhandel im BMWi durchzuführen.

5. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten



Auf Erfolgen aufbauend.
Zur Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur für die Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften 5 | KSWD
Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten
am 13. und 14. Januar 2011 in Wiesbaden

Am 13. und 14. Januar 2011 fand im Kurhaus Wiesbaden die 5. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten statt. Diese Konferenz ist eine Plattform für die Diskussion von wissenschaftlichen Themen und forschungsstrategischen Aspekten, die im Kontext von empirischer Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftsforschung sowie prozessproduzierter und umfragebasierter Datenproduktion stehen. Während der Konferenz wurden auch die Berufungsvorschläge für die Vertreterinnen und Vertreter im Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) gewählt.

Der RatSWD berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der Erweiterung und Verbesserung der Forschungsinfrastruktur für die empirischen Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften. In den RatSWD werden in seiner vierten Berufungsperiode (2011 bis 2014) acht Mitglieder als Vertreterinnen und Vertreter der Datenproduktion sowie acht Vertreterinnen und Vertreter der Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften berufen.

Die dem Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Berufung vorzuschlagenden wissenschaftlichen Mitglieder wurden am 13. Januar 2011 durch eine Wahl festgestellt:

- Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld, Universität Rostock, Soziologie und Demographie,
- Prof. Dr. Notburga Ott, Ruhr-Universität Bochum, Volkswirtschaftslehre,
- PD. Dr. Beatrice Rammstedt, Universität Mannheim und GESIS, Psychologie,
- Prof. Dr. Susanne Rässler, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Statistik,
- Prof. Dr. Josef Brüderl, Universität Mannheim, Soziologie und Statistik,
- Prof. Dr. Elmar Brähler, Universitätsklinikum Leipzig, Medizinische Psychologie und Soziologie,
- Prof. Dr. Frank-Michael Spinath, Universität des Saarlandes, Psychologie,
- Prof. Dr. Joachim Wagner, Leuphana Universität Lüneburg, Volkswirtschaftslehre.

Kurzfassungen der Vorträge sowie das detaillierte Wahlergebnis können im Internet unter www.ratswd.de abgerufen werden.

Neues Leistungsverzeichnis und Entgeltmodell der Forschungsdatenzentren



Seit 2001 bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder über ihre Forschungsdatenzentren der empirischen Wissenschaft einen transparenten und kostengünstigen Zugang zu den amtlichen Mikrodaten. Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder wurde bis Ende August 2010 als Projekt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell gefördert.

Um das Leistungsangebot der Forschungsdatenzentren weiterhin aufrechterhalten zu können, sind nun die Einnahmen aus den Datennutzungen ein wesentliches Element für einen dauerhaften Betrieb. Dies bedeutet, dass sowohl die Entgelte für Standardprodukte erhöht wurden als auch dass der Aufwand, den die Bereitstellung maßgeschneidert aufbereiteter Daten verursacht, über die Entgelte an die Nutzer weitergegeben wird. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs wurde eine Ausnahmeregelung gefunden; dieser erhält auch in Zukunft einen kostengünstigen Zugang zu den amtlichen Mikrodaten.

Das neue Leistungsverzeichnis und Entgeltmodell der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurde von der ALK im November 2010 (s. Beitrag in „Informationen aus der amtlichen Statistik“ Heft 4/2010, S. 6) beschlossen und ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Das neue Entgeltmodell steht im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de zur Verfügung.

Kombinierte Firmendaten für Deutschland



Das Projekt „Kombinierte Firmendaten für Deutschland“ (KombiFiD) verfolgt das Ziel, erstmals Unternehmensdaten der statistischen Ämter mit Unternehmensdaten der Deutschen Bundesbank und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit zusammenzuführen.

Ziel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Kooperationsprojekts ist es, zu untersuchen, welche zusätzlichen Analyse- und Informationspotenziale durch die Datenzusammenführung entstehen. Darüber hinaus wird in dem Projekt untersucht, inwiefern durch die Verknüpfung der Daten verschiedener Institutionen eine weitere Entlastung der Wirtschaft von Auskunftspflichten erreicht werden kann.

Um die Daten der genannten Datenproduzenten zusammenführen zu können, musste zunächst die Zustimmung der Unternehmen zu diesem Vorhaben eingeholt werden. Zu diesem Zweck wurden im

April 2009 eine Stichprobe bei 54 960 Unternehmen sowie im Juni und Juli 2009 zwei Erinnerungswellen durchgeführt. Von den 54 960 angeschriebenen Unternehmen haben 30 944 Unternehmen den KombiFiD-Projektpartnern geantwortet. Zustimmungen liegen von 16 571 Unternehmen vor.

Für diese Unternehmen wurde eine Auswahl der Unternehmensdaten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zusammengeführt. Die Daten können nun durch die Wissenschaft nach einem schriftlichen Antrag im Wege eines Gastaufenthalts genutzt werden. Mitte 2011 sollen die bislang vorliegenden Daten mit den Unternehmensdaten der Deutschen Bundesbank verknüpft werden.

Neben dem Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes, dem Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Deutschen Bundesbank ist das Institut für Volkswirtschaftslehre der Leuphana Universität Lüneburg am KombiFiD-Projekt beteiligt. Eine Kooperation besteht mit dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, welches bereits aufbereitete Panel-Daten aus dem Projekt „AFID – Amtliche Firmendaten für Deutschland“ beisteuert. Ausführliche Informationen zum Projekt finden sich unter www.kombifid.de.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2378 und 0611/75-2636 oder unser [Kontaktformular](#).



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise

Bruttoinlandsprodukt 2010

Am 12. Januar 2011 wurde das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2010 vorgestellt.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2010 wieder kräftig gewachsen. Mit + 3,6% stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Dies ergaben erste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Die wirtschaftliche Erholung fand hauptsächlich im Frühjahr und Sommer 2010 statt.

Am 15. Februar 2011 hat das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das vierte Quartal 2010 und die überarbeiteten Ergebnisse für das

Jahr 2010 veröffentlicht (nur BIP); am 24. Februar 2011 folgten die detaillierten Ergebnisse.

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im [Internet](#) abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie 18 „[Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen](#)“, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung Detaillierte Jahresergebnisse“ (Bestellnummer 2180140108004) tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese und weitere Veröffentlichungen sind online im [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes kostenfrei erhältlich. Einen ausführlichen [Qualitätsbericht](#) für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden Sie ebenfalls kostenfrei im Internet.

Die Unterlagen der [Pressekonferenz](#) einschließlich eines Audio-Beitrages können im Internet abgerufen werden.

Verbraucherpreise 2010

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2010 gegenüber 2009 um 1,1% gestiegen. Die Jahresteuerrate lag damit zwar deutlich höher als im Vorjahr (2009: + 0,4% gegenüber 2008), im längerfristigen [Vergleich seit 1999](#) war sie 2010 jedoch noch weit unter den jährlichen Teuerungsraten der meisten Jahre. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von zwei Prozent wurde sowohl im Jahresdurchschnitt als auch in den einzelnen Monaten für 2010 unterschritten.

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex ([HVPI](#)) für Deutschland ist im Jahresvergleich 2010 gegenüber 2009 um 1,2% gestiegen. Im Dezember 2010 erhöhte sich der HVPI gegenüber Dezember 2009 um 1,9%.

Weitere Informationen zur Verbraucherpreisstatistik bietet die Fachserie 17, Reihe 7, die im [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes kostenlos erhältlich ist. Detaillierte Daten und lange Zeitreihen zur Verbraucherpreisstatistik können auch kostenfrei über die Tabelle [Verbraucherpreisindex \(61111-0004\)](#) und [\(61111-0006\)](#) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4777 oder unser [Kontaktformular](#).



Unternehmensregister, Verdienste, Industrie

Fachausschuss „Tourismusstatistik“

Am 14. Februar 2011 tagte zum fünften Mal der Fachausschuss „Tourismusstatistik“ im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. An der Sitzung, die im zweijährigen Turnus stattfindet, nahmen Vertreter der Tourismusverbände und -institute bzw. damit assoziierter Organisationen, des Bundeswirtschaftsministeriums, der Deutschen Bundesbank, der Kommunalstatistik und der Statistischen Landesämter teil.

Ziel der Fachausschusssitzungen ist es, Informationen über wichtige Änderungen und Weiterentwicklungen der Tourismusstatistiken auszutauschen und die Anforderungen der Nutzer an die amtliche Statistik zu erörtern. Hauptthemen waren auch in diesem Jahr der Entwurf zur neuen Verordnung „Tourismusstatistiken“ der Europäischen Kommission, aktuelle nationale Aktivitäten und Entwicklungen sowie die Erwartungen der Fachausschussmitglieder an die amtliche Statistik. Mit einer ausführlichen Unterlage informierte das Statistische Bundesamt die Teilnehmenden im Vorfeld zur Sitzung über die Inhalte der einzelnen Tagesordnungspunkte.

Zunächst berichtete das Statistische Bundesamt über den Sachstand und die derzeit absehbare Entwicklung zur geplanten neuen EU-Verordnung „Tourismusstatistiken“, die zurzeit in der EU-Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ diskutiert wird. Wahrscheinlich wird die Verordnung noch in diesem Jahr in Kraft treten, so dass die darin begründeten neuen Lieferverpflichtungen erstmals für das Berichtsjahr 2012 zu erfüllen sind. Die neue Verordnung erfordert eine Anpassung des nationalen Beherbergungsstatistikgesetzes, damit die neuen und geänderten Auskunftspflichten der Betriebe ab dem Jahr 2012 verbindlich geregelt sind.

Umstritten ist derzeit noch die Forderung des EU-Parlaments, zukünftig auch Informationen über das Angebot barrierefreier Hotelzimmer zu liefern. Deutschland und eine Reihe anderer Mitgliedstaaten haben große methodische Bedenken, da es hierzu bisher keine einheitliche Definition gibt. Diese Sichtweise wird auch vom Fachausschuss mitgetragen. Das Statistische Bundesamt berichtete weiterhin, dass auch künftig aufgrund begrenzter Ressourcen die Erhebung zum Reiseverhalten in erster Linie zur Erfüllung der Lieferverpflichtungen an die EU durchgeführt wird. Da die Erhebung aufgrund erweiterter Lieferverpflichtungen aufwändiger wird, jedoch keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung stehen

werden, rechnet das Statistische Bundesamt mit einer Verschlechterung der Datenqualität. Als Konsequenz plant das Statistische Bundesamt, ab 2012 auf die Publikation von Ergebnissen zu verzichten. In diesem Zusammenhang kam eine Diskussion zum Thema „Tagesreisen“ auf. Zukünftig sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, hierzu statistische Daten an die EU zu liefern. Einzelne Mitglieder des Fachausschusses schilderten den Aufwand, der für die Erhebung von Angaben zu Tagesreisen notwendig ist, und bestätigten damit bestehende Bedenken Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten.

Anschließend berichtete das Statistische Bundesamt über den Stand der Umsetzung von Nutzerwünschen, die im Rahmen der letzten Fachausschusssitzung geäußert wurden. Aufgrund begrenzter Ressourcen der amtlichen Statistik konnten die Nutzerinteressen allerdings nur teilweise erfüllt werden.

Der Fachausschuss schlug auf der letzten Sitzung beispielsweise vor, die Möglichkeiten zur Erhebung des Herkunftsbundeslandes der Gäste in Beherbergungsbetrieben in einer Studie zu untersuchen. Dafür stehen im Statistischen Bundesamt jedoch keine Ressourcen zur Verfügung, so dass gegenwärtig eine solche Studie nicht durchführbar ist. Die Vertreterin des Deutschen Industrie- und Handelskammertags wies darauf hin, dass dieser Datenbedarf zukünftig möglicherweise durch die Nutzung von Meldedaten befriedigt werden könnte. Dies müsse jedoch erst noch in einem Projekt genauer untersucht werden, bei dem die sich aus dem geplanten neuen Bundesmeldegesetz ergebenden Möglichkeiten untersucht werden sollen. Sie stellt das geplante Projekt ausführlich vor und erläutert insbesondere den potenziellen Nutzen für die Tourismusstatistik.

Im Zusammenhang mit der Datenveröffentlichung schlägt der Vertreter des Bundesverbands der Campingwirtschaft vor, zukünftig vermehrt Daten in tiefer regionaler Gliederung kartografisch darzustellen. Das Statistische Bundesamt verweist auf die bestehende Arbeitsteilung mit den Statistischen Landesämtern, wonach das Statistische Bundesamt im Regelfall unterhalb der Länderebene keine Daten veröffentlicht, wird aber das Thema bei der nächsten Referentenbesprechung ansprechen.

Ein Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft berichtete ferner über ein Projekt zur Erstellung eines so genannten Tourismussatellitenkontos, ergänzt um die direkten und später auch indirekten Effekte des Tourismus sowie die Folgen von Investitionen und Staatsausgaben in diesem Bereich. Damit soll es möglich werden, die Bedeutung des Tourismus für die deutsche Volkswirtschaft abzuschätzen. Erste Ergebnisse sollen noch Ende 2011 vorliegen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4851 oder unser [Kontaktformular](#).

Deutsch-Chinesisches Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ und „Verdienst- und Arbeitskostenstatistiken“

Vom 15. bis 22. Januar 2011 besuchte eine Delegation des Statistischen Bundesamtes das Nationale Statistikamt der Volksrepublik China (NBS) in Peking. Der Besuch fand im Rahmen der seit 1993 durchgeführten bilateralen Kooperation zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem NBS statt. Zweck der Veranstaltung waren Beratungen zu den Projekten „Erwerbstätigenstatistik“ sowie „Verdienst- und Arbeitskostenstatistiken“.

Schwerpunkt der Gespräche im Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ waren das Hochrechnungsverfahren bei der Arbeitskräfteerhebung sowie die Berechnung und Veröffentlichung von originären und saisonbereinigten Monatsergebnissen aus der deutschen Arbeitskräftestichprobe. Das im deutschen Mikrozensus für die unterjährige Erhebung eingeführte innovative Hochrechnungsverfahren (Generalized Regression Estimation) sowie die langjährigen Erfahrungen Deutschlands mit monatlichen Arbeitskräfteerhebungen stießen bei den chinesischen Kollegen und Kolleginnen auf großes Interesse.

Das NBS arbeitet auch an einer Reform seiner Verdienststatistiken. Ausgangsbasis sind die bisherigen Totalerhebungen im Bereich der staatlichen Unternehmen. Ein Hauptziel der Reform ist die Ausdehnung dieser Statistiken auf die Privatwirtschaft und die Umstellung von Total- auf Stichprobenerhebungen. Das NBS berichtete unter anderem über die erstmalige erfolgreiche Durchführung der Verdiensterhebung bei privaten Unternehmen, in die Erkenntnisse aus dem gemeinsamen Projekt einfließen und deren Ergebnisse im Juni 2010 veröffentlicht wurden. Im Statistischen Amt der Provinz Zhejiang wurde die praktische Umsetzung mit Vertretern des NBS, des Provinzamtes und der statistischen Ämter von Städten und Bezirken erörtert. Im Mittelpunkt aller Gespräche standen Fragen der Stichprobenziehung, der Hochrechnung, der Stichprobenergebnisse und die Behandlung von Antwortausfällen.

Der für die beiden Kooperationsprojekte vereinbarte Zeitrahmen von drei Jahren endet mit Ablauf des Jahres 2011.

Chinesisches Statistikamt zu Besuch in Wiesbaden

Vom 24. bis 25. Januar 2011 besuchte eine achtköpfige Delegation aus dem chinesischen Statistikamt NBS das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Dieser Studienbesuch war eine der geplanten Aktivitäten im Rahmen eines fünfjährigen Projekts, das die Statistikabteilung der Vereinten Nationen für das NBS durchführt. Innerhalb dieses Programms sollen die chinesischen Kollegen mit den Erfahrungen der statistischen Ämter anderer Länder in verschiedenen Bereichen vertraut gemacht werden. Dazu gehören unter anderem die Themengebiete Organisation von Unternehmenserhebungen, Methoden der Datenerhebung für die Unternehmensstatistik und die Verwendung eines Unternehmensregisters als Erhebungsrahmen.

Neben dem Statistischen Bundesamt besuchte die chinesische Delegation den Hauptsitz der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) in Wien sowie das Ungarische Statistische Amt.

Der zweitägige Studienbesuch in Wiesbaden begann mit einer detaillierten Einführung in das System der deutschen amtlichen Statistik. Dieser Themenkomplex stieß auf großes Interesse, da sich das System der amtlichen Statistik in Deutschland deutlich von dem in China unterscheidet. Dies betrifft nicht zuletzt den föderalen Aufbau im Gegensatz zum zentral organisierten System der Statistik in China. Des Weiteren informierten sie sich über das Unternehmensregister und statistische Einheiten, über Methoden der Datenerhebung und der Organisation von Unternehmenserhebungen sowie das System der Baustatistiken. Auch bei diesen Themen kamen viele interessante Fragen auf, die zu einem lebhaften Informationsaustausch führten. Ein Besuch im Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) rundete den Besuch der chinesischen Gruppe ab. Das HSL stellte aufgrund des großen Interesses das System und die Aufgabengebiete des Landesamtes vor und beantwortete die wichtigsten Fragen zum föderalen Aufbau.

Neue AG Wärme gegründet

Auf Initiative des BMWi und des BMU wurde am 25. Januar 2011 im BMWi in Berlin eine neue Arbeitsgruppe Wärme gegründet. Mitglieder sind: BMWi, BMU, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB), Effizienzverband für Wärme, Kälte und KWK (AGFW), Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Verband der industriellen Kraftwirtschaft (VIK), Umweltbundesamt (UBA), Zentrum für Solar- und Wasserstoffforschung (ZSW) und das Statistische Bundesamt. Bei Bedarf sollen weitere

Institutionen eingeladen werden. Die Leitung der AG Wärme liegt beim Statistischen Bundesamt.

Hintergrund der Einrichtung der AG Wärme sind die inter- und supranationalen Berichterstattungen, zu denen sich Deutschland im Rahmen des Klimaschutzes und der Förderung der erneuerbaren Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) verpflichtet hat.

Ziel ist zunächst die Ermittlung eines abgestimmten aktuellen Wertes zur Wärmeerzeugung aus amtlichen und nichtamtlichen Daten. Später soll der Auftrag der AG auf die Ermittlung und Darstellung der Wärmeverwendung ausgeweitet werden. Die Einbeziehung der Kälteerzeugung und -verwendung ist ebenfalls vorgesehen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2970 oder unser [Kontaktformular](#).

Tarifverdienste 2010

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,6% gegenüber dem Vorjahr. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 1,1%.

Obwohl sich die wirtschaftliche Lage deutlich verbesserte, fielen die Tariferhöhungen im Jahresdurchschnitt 2010 deutlich geringer aus als im Vorjahr mit 2,8%. Grund dafür ist, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber in vielen Tarifabschlüssen Erhöhungen für mehrere Jahre, so genannte Stufenerhöhungen, vereinbarten. Auch die meisten der 2009 in Kraft getretenen Tariferhöhungen waren schon 2008 oder früher – also noch vor der Krise – beschlossen worden. Demgegenüber beruhten die 2010 in Kraft getretenen Tarifsteigerungen auf Verträgen, die mitten in der Wirtschaftskrise verhandelt wurden. Da in vielen Tarifabschlüssen Beschäftigungssicherung im Vordergrund stand, fielen die Tariferhöhungen meist moderat aus.

Die Ergebnisse umfassen sämtliche Branchen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Detaillierte Ergebnisse zu ausgesuchten Wirtschaftszweigen bieten die [Fachserie 16, Reihe 4.3](#), sowie die dazugehörige [„Lange Reihe“](#), die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes kostenfrei heruntergeladen werden können (Suchwort „Tarifindex“ beziehungsweise „lange Reihe Tarif“). Die vollständigen Ergebnisse können über die Tabelle [Indizes der Tarifverdienste \(62221-0002\)](#) in der GENESIS-Online Datenbank abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2407 oder unser [Kontaktformular](#).



Bevölkerung

Zahl der Privathaushalte steigt bis 2025 weiter



Die Gesamtzahl der Privathaushalte in Deutschland wird bis 2025 voraussichtlich um rund eine Million auf 41 Millionen zunehmen. Danach zeichnet sich eine Trendwende ab. Wie die neue Haushaltsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bis zum Jahr 2030 zeigt, führt die Tendenz zu mehr Einpersonen- und Zweipersonenhaushalten in den kommenden fünfzehn Jahren zunächst dazu, dass die Zahl der Privathaushalte trotz der erwarteten Bevölkerungsschrumpfung weiter steigt. Dann wird jedoch der Punkt erreicht sein, nach dem der Rückgang der Bevölkerung nicht länger durch die „Zersplitterung“ der Haushalte kompensiert wird. Ab Mitte der 2020er-Jahre ist deshalb mit einem leichten Rückgang der Zahl der Privathaushalte um circa 125 000 zu rechnen.

Grundlagen dieser Modellrechnung sind die Angaben des Mikrozensus zur Entwicklung der Privathaushalte in den Jahren 1991 bis 2009 einerseits und die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante zur Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) andererseits. In der Trendvariante werden die langfristigen Veränderungen in der Verteilung der Bevölkerung nach Haushalten unterschiedlicher Größe fortgeschrieben. Daneben wurde auch eine Status-quo-Variante berechnet, in der die Ausgangsverhältnisse im Haushaltsbildungsverhalten konstant gehalten wurden. Beide Varianten spiegeln die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Haushaltszahl und -struktur wider. Die Trendvariante berücksichtigt darüber hinaus die Verhaltensänderungen der Bevölkerung bei der Bildung der Privathaushalte und stellt somit ein umfassenderes Zukunftsmodell dar.

Eine ausführliche Darstellung der künftigen Entwicklung der Haushalte und der Bevölkerung in Deutschland und den Ländern enthält die Neuauflage der Veröffentlichung [„Demografischer Wandel, Heft 1, Bevölkerungs- und Haushaltsvorausberechnungen“](#) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Sie kann im [Internetangebot des Statistischen Bundesamtes](#) oder bei den Statistischen Landesämtern bezogen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-3304 oder unser [Kontaktformular](#).

In Deutschland sind sieben von zehn Müttern erwerbstätig

Im Jahr 2009 waren in Deutschland 72% der 25- bis 49-jährigen Mütter mit mindestens einem im Haushalt lebenden Kind unter 25 Jahren erwerbstätig. Deutschland lag mit dieser Erwerbstätigenquote von Müttern im EU-Vergleich im Mittelfeld.

In Deutschland und allen anderen EU-Staaten waren Mütter mit drei oder mehr Kindern im Haushalt deutlich seltener erwerbstätig als Frauen mit einem oder zwei Kindern.

Als erwerbstätig gelten sowohl teil- als auch vollzeitbeschäftigte Frauen und außerdem diejenigen, die zum Erhebungszeitpunkt zum Beispiel in Mutterschutz oder Elternzeit waren. Datengrundlage für den internationalen Vergleich ist die Arbeitskräfteerhebung der EU.

Diese und weitere EU-Statistiken können beim [EDS Europäischer Datenservice](#) abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8707 oder unser [Kontaktformular](#).



Landwirtschaft

Neufassung des Weingesetzes

Das Weingesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 985) ist durch Artikel 3 des Gesetzes zur Anpassung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934) geändert worden.

Unter anderem wurde § 34 des Weingesetzes (Verwendung von Einzelangaben; Weitergabe von Daten aus der Weinbaukartei) dahingehend geändert, dass zusätzlich der Begriff „Europäische Union“ eingefügt wurde.

Personalnachrichten

Statistischer Beirat

Prof. Dr. Gert G. Wagner, Vertreter der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute im Statistischen Beirat, wurde am 11. Februar 2011 zum Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung berufen.

Statistisches Bundesamt

Herr Peter Weigl, bisher Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, hat zum 1. April 2011 das Amt des Direktors beim Bundesverfassungsgericht Karlsruhe angetreten.

Herr Hans Joachim Schwamb, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates B 202 „Fragebogenentwicklung und -gestaltung“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Oberregierungsrat Walter Brückmann, bisher Leiter des Referates C 201 „Datenverarbeitungszentrum, IT-Logistik, IT-Leistungsmessung und Verrechnung, Prozesse der IT-Infrastruktur“, wurde die Leitung des Referates G 305 „Technische und fachliche Unterstützung, Weiterentwicklung der Automation in der Außenhandelsstatistik“ übertragen.

Regierungsrat Rainer Oppermann wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates E 102 „Unternehmensregistersystem 95, Betrieb der zentralen Datenspeicher“ beauftragt.

Oberregierungsrat Holger Breiholz, bisher Leiter des Referates F 205 „Erhebung und Aufbereitung von Mikrozensus und Arbeitskräftestichprobe“, wurde die Leitung des Referates H 301 „Methodik der nationalen freiwilligen Haushaltserhebungen“ übertragen.

Diplom-Soziologe Jörg Enderer, M.A., wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates F 205 „Erhebung und Aufbereitung von Mikrozensus und Arbeitskräftestichprobe“ beauftragt.

Oberregierungsrat Oliver Niebur, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates F 302 „Staatliche Haushalte“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Diplom-Volkswirtin Juliane Gude wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates F 310 „Umsatzsteuer,

Verbrauchssteuern, Steuerhaushalt, Realsteuervergleich“ beauftragt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zum 16. Dezember 2010 wurde Herr Leitender Regierungsdirektor Dr. Martin Votteler, Leiter der Abteilung 4 „Gewerbliche Wirtschaft“ und ständiger Vertreter der Präsidentin, zum Abteilungsdirektor ernannt.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
Tagungen im Zeitraum Januar bis März 2011*		
1. Februar 2011	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
2. Februar 2011	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
8./9. Februar 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
14. Februar 2011	Wiesbaden	Fachausschuss „Tourismusstatistik“
22./23. Februar 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
22./23. Februar 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
1./2. März 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
1./2. März 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
15./16. März 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
15. – 17. März 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
16./17. März 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
21./22. März 2011	Nürnberg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
22./23. März 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
24. März 2011	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
29./30. März 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
29. – 31. März 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“

* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungen im Zeitraum April bis September 2011 *

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
5./6. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
6./7. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
12./13. April 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
13./14. April 2011	Bad Ems	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
13./14. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
18./19. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
3./4. Mai 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
3. – 5. Mai 2011	Düsseldorf	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
4./5. Mai 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
10./11. Mai 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
11./12. Mai 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
17./18. Mai 2011	Wiesbaden	Fachausschuss „Preise und Verdienste“
19. Mai 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
30. Mai 2011	Berlin	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
30./31. Mai 2011	Berlin	Amtsleiterkonferenz
Anfang Juni 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
7. – 9. Juni 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“ und Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“

* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
21./22. Juni 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
28. Juni 2011	Wiesbaden	Statistischer Beirat
28. Juni 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“
28./29. Juni 2011	Spitzingsee	Arbeitskreis „Informationstechnik“
29. Juni 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
29./30. Juni 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“
30. Juni 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Flächenstatistik“
28. Juli 2011	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
19. – 22. September 2011	Leipzig	Statistische Woche
22. September 2011	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
26. September 2011	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
September 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
September/Oktober 2011	Berlin	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
September/Oktober 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“

**Übersicht
über die im Jahre 2010 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

**STRATEGIE UND PLANUNG, INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN,
FORSCHUNG UND KOMMUNIKATION**

Verordnung (EU) Nr. 520/2010 der Kommission vom 16. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 – Regelung des Zugangs zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke in Bezug auf die verfügbaren Erhebungen und statistischen Datenquellen	11.11.2010	ABI. L 151 vom 17.6.2010, S. 14	07.07.2010
---	------------	--	------------

Beschluss der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Änderung der Entscheidung 2004/452/EG zur Aufstellung einer Liste von Einrichtungen, deren Mitarbeiter für wissenschaftliche Zwecke Zugang zu vertraulichen Daten erhalten können (2010/373/EU)	11.11.2010	ABI. L 169 vom 3.7.2010, S. 19	07.07.2010
---	------------	---	------------

Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Wirtschaftsstatistiken, zur Änderung von Statistikgesetzes und zur Anpassung einzelner Vorschriften an den Vertrag von Lissabon vom 4. November 2010 <u>Artikel 1</u> Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken (Verwaltungsdatenverwendungsgesetz – VwDVG)	11.11.2010	BGBl. I S. 1480	12.11.2010
--	------------	--------------------	------------

Verordnung (EU) Nr. 1097/2010 der Kommission vom 26. November 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke im Hinblick auf den Austausch vertraulicher Daten zwischen der Kommission (Eurostat) und den Zentralbanken	11.11.2010	ABI. L 312 vom 27.11.2010, S. 1	17.12.2010
--	------------	--	------------

Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 27. Dezember 2010 über die Übermittlung vertraulicher Daten nach dem gemeinsamen Rahmen für Unternehmensregister für statistische Zwecke (EZB/2010/33)	11.11.2010	ABI. L 6 vom 11.1.2011 S. 37	01.01.2011
---	------------	------------------------------------	------------

**VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN,
ARBEITSMARKT, PREISE**

D 1 Verordnung (EU) Nr. 679/2010 des Rates vom 26. Juli 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 479/2009 im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit	11.11.2010	ABI. L 198 vom 30.7.2010, S.1	19.08.2010
--	------------	--	------------

D 1 Verordnung (EU) Nr. 715/2010 der Kommission vom 10. August 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates betreffend Anpassungen nach der Überarbeitung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 2) und der statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA) in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	11.11.2010	ABI. L 210 vom 11.8.2010, S. 1	31.08.2010
--	------------	---	------------

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
D 1	Verordnung (EU) Nr. 1227/2010 der Kommission vom 20. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1055/2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Qualitätskriterien und der Qualitätsberichterstattung für Zahlungsbilanzstatistiken	21.12.2010	ABl. L 336 vom 21.12.2010, S. 15	10.01.2011
D 2	Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Wirtschaftsstatistiken, zur Änderung von Statistikgesetzes und zur Anpassung einzelner Vorschriften an den Vertrag von Lissabon vom 4. November 2010 <u>Artikel 5</u> Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch	11.11.2010	BGBl. I S. 1480	12.11.2010
D 3	Verordnung (EU) Nr. 1114/2010 der Kommission vom 1. Dezember 2010 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates in Bezug auf Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichtung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2454/97 der Kommission	02.12.2010	ABl. L 316 vom 2.12.2010, S. 4	22.12.2010, spätestens wirksam ab dem Index für Januar 2012

STATISTIKREGISTER, VERDIENSTE, INDUSTRIE, DIENSTLEISTUNGEN

E 1	Verordnung (EU) Nr. 275/2010 der Kommission vom 30. März 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kriterien für die Bewertung der Qualität der strukturellen Unternehmensstatistik		ABl. L 86 vom 1.4.2010, S. 1	21.4.2010
E 1	Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Wirtschaftsstatistiken, zur Änderung von Statistikgesetzes und zur Anpassung einzelner Vorschriften an den Vertrag von Lissabon vom 4. November 2010 <u>Artikel 4</u> Änderung des Verdienststatistikgesetzes	11.11.2010	BGBl. I S. 1480	12.11.2010
E 2	Verordnung (EU) Nr. 163/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der Industrieprodukte für 2009 gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates		ABl. L 54 vom 4.3.2010, S. 1	24.03.2010, gültig ab 01.01.2009
E 2	Verordnung (EU) Nr. 860/2010 der Kommission vom 10. September 2010 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der Industrieprodukte für 2010 gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates		ABl. L 262 vom 5.10.2010, S. 1	25.10.2010, gültig ab 01.01.2010
E 2	Verordnung (EU) Nr. 844/2010 der Kommission vom 20. September 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Energiestatistik hinsichtlich der Erstellung einer Reihe von jährlichen Atomenergie-Statistiken und der Anpassung der Verweise auf die Methodik an der NACE Rev. 2		ABl. L 258 vom 30.9.2010, S. 1	20.10.2010
E 2	Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Wirtschaftsstatistiken, zur Änderung von Statistikgesetzes und zur Anpassung einzelner Vorschriften an den Vertrag von Lissabon vom 4. November 2010 <u>Artikel 2</u> Änderung des Handwerkstatistikgesetzes <u>Artikel 3</u> Änderung des Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetzes	11.11.2010	BGBl. I S. 1480	12.11.2010

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
E 3	Verordnung (EU) Nr. 202/2010 der Kommission vom 10. März 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 6/2003 über die Statistik des Güterkraftverkehrs		ABI. L 61 vom 11.3.2010, S. 24	31.03.2010
E 3	Beschluss der Kommission vom 14. April 2010 zur Änderung der Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (2010/216/EU)		ABI. L 94 vom 15.4.2010, S. 33	16.04.2010
E 3	Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Fahrpersonalgesetzes vom 31. Juli 2010 <u>Artikel 1</u> Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes	05.08.2010	BGBI. I S. 1057	06.08.2010
E 3	Verordnung (EU) Nr. 821/2010 der Kommission vom 17. September 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft		ABI. L 246 vom 18.9.2010, S. 1	08.10.2010
E 3	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle – Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle – Erster Teil		ABI. L 276 vom 20.10.2010, S. 80	
E 3	Verordnung (EU) Nr. 1090/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinie 2009/42/EG über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs		ABI. L 325 vom 9.12.2010, S. 1	29.12.2010

BEVÖLKERUNG, FINANZEN, STEUERN

F 1	Verordnung (EU) Nr. 519/2010 der Kommission vom 16. Juni 2010 zur Annahme des Programms der statistischen Daten und der Metadaten für Volks- und Wohnungszählungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates		ABI. L 151 vom 17.6.2010, S. 1	07.07.2010
F 1	Verordnung über Verfahren und Umfang der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis zum Zensusgesetz 2011 (Stichprobenverordnung Zensusgesetz 2011 – StichprobenV) vom 25. Juni 2010	30.06.2010	BGBI. I S. 830	01.07.2010
F 1	Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 der Kommission vom 8. Dezember 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung		ABI. L 324 vom 9.12.2010, S. 1.	29.12.2010
F 2	Verordnung (EU) Nr. 216/2010 der Kommission vom 15. März 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz betreffend die Definitionen der Kategorien der Gründe für die Erteilung von Aufenthaltstiteln		ABI. L 66 vom 16.3.2010, S. 1	05.04.2010

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
F 2	Verordnung (EU) Nr. 220/2010 der Kommission vom 16. März 2010 zur Annahme des Programms von Ad-hoc-Modulen für die Jahre 2013 bis 2015 für die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates		ABI. L 67 vom 17.3.2010, S. 1	24.3.2010
F 2	Verordnung (EU) Nr. 317/2010 der Kommission vom 16. April 2010 zur Annahme der Spezifizierungen des Ad-hoc-Moduls 2011 über die Beschäftigung behinderter Personen für die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates		ABI. L 97 vom 17.4.2010, S. 3	24.04.2010
F 2	Verordnung (EU) Nr. 351/2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz in Bezug auf die Definitionen der Kategorien der Gruppen für das Geburtsland, der Gruppen für das Land des letzten üblichen Aufenthaltsorts, der Gruppen für das Land des nächsten üblichen Aufenthaltsorts und der Gruppen für die Staatsangehörigkeit		ABI. L 104 vom 24.4.2010, S. 37	14. Mai 2010
F 2	Erste Verordnung zur Änderung der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung vom 22. Juni 2010 <u>Artikel 2</u> Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung	30.06.2010	BGBI. I S. 825	01.07.2010
F 3	Gesetz zur Abschaffung des Finanzplanungsrates und zur Übertragung der fortzuführenden Aufgaben auf den Stabilitätsrat sowie zur Änderung weiterer Gesetze vom 27. Mai 2010 <u>Artikel 3</u> Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes	02.06.2010	BGBI. I S. 671	01.01.2010
F 3	Verordnung (EU) Nr. 674/2010 der Europäischen Zentralbank vom 23. Juli 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 63/2002 (EZB/2001/18) über die Statistik über die von monetären Finanzinstituten angewandten Zinssätze für Einlagen und Kredite gegenüber privaten Haushalten und nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften (EZB/2010/7)		ABI. L 196 vom 28.7.2010, S. 23	17.08.2010
F 3	Jahressteuergesetz 2010 (JStG 2010) vom 8. Dezember 2010 <u>Artikel 15</u> Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken	13.12.2010	BGBI. I S. 1768	14.12.2010
F 3	Luftverkehrssteuergesetz (LuftVStG) vom 9. Dezember 2010, § 15 Geschäftsstatistik	14.12.2010	BGBI. I S. 1885	15.12.2010

LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, AUSSENHANDEL

G 1	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 der Kommission vom 26. Mai 2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates hinsichtlich der Weinbaukartei, der obligatorischen Meldungen und der Sammlung von Informationen zur Überwachung des Marktes, der Begleitdokumente für die Beförderung von Weinbauerzeugnissen und der Ein- und Ausgangsbücher im Weinsektor		ABI. L 31 vom 3.2.2010, S. 20	
-----	---	--	--	--

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
G 1	Beschluss der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Gewährung einer Übergangsfrist für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 762/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Tschechische Republik, Deutschland, Griechenland, Österreich, Polen, Portugal und Slowenien (20210/76/EU)		ABI. L 37 vom 10.2.2010, S. 70	
G 1	Beschluss der Kommission vom 1. März 2010 zur Gewährung einer Ausnahme hinsichtlich der Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 543/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik der pflanzlichen Erzeugung für Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Deutschland, Polen, Portugal und Schweden (2010/130/EU)		ABI. L 51 vom 2.3.2010, S. 24	
G 1	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1242/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2008 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe		ABI. L 79 vom 25.3.2010, S. 58	
G 1	Beschluss der Kommission vom 10. Juni 2010 zur Gewährung einer Ausnahmegenehmigung für Bulgarien und Deutschland hinsichtlich der Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Viehbestands- und Fleischstatistiken (2010/323/EU)		ABI. L 145 vom 11.6.2010, S. 15	Gültig ab 01.01.2009
G 1	Verordnung (EU) Nr. 513/2010 der Kommission vom 15. Juni 2010 zur Änderung von Anhang VI der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates zwecks Anpassung der Quoten ab dem Zuckerwirtschaftsjahr 2010/11		ABL L 150 vom 16.6.2010, S. 40	19.06.2010
G 1	Gesetz zur Änderung des Betriebsprämienführungsgesetzes und anderer Gesetze vom 21. Juli 2010 <u>Artikel 2</u> Änderung des Agrarstatistikgesetzes		BGBI. I S. 953	27.07.2010
G 1	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 72/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 zur Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik durch Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 247/2006, (EG) Nr. 320/2006, (EG) Nr. 1405/2006, (EG) Nr. 1234/2007, (EG) Nr. 3/2008 und (EG) Nr. 479/2008 und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1883/78, (EWG) Nr. 1254/89, (EWG) Nr. 2247/89, (EWG) Nr. 2055/93, (EG) Nr. 1868/94, (EG) Nr. 2596/97, (EG) Nr. 1182/2005 und (EG) Nr. 315/2007		ABI. L 220 vom 21.8.2010, S. 76	
G 1	Verordnung (EU) Nr. 848/2010 der Kommission vom 27. September 2010 zur Abweichung von Artikel 63 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Daten für die Übermittlung der Übertragung von Überschusszucker im Wirtschaftsjahr 2010/2011		ABI. L 253 vom 28.9.2010, S. 1	05.10.2010, gültig vom 01.10.2010 bis 30.09.2011
G 1	Verordnung zur Erhebung agrarstatistischer Daten für die Emissionsberichterstattung (Agrarstatistik-Emissionsberichterstattungsverordnung 2011 – AgrStatEBV 2011) vom 4. Oktober 2010	12.10.2010	BAnz. S. 3419	13.10.2010, Außer-Kraft- Tretung 31.12.2012

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
G 1	Gesetz zur Anpassung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon vom 9. Dezember 2010, <u>Artikel 3</u> Änderung des Weingesetzes <u>Artikel 15</u> Änderung des Legehennenbetriebsregistergesetzes <u>Artikel 36</u> Änderung des Agrarstatistikgesetzes	14.12.2010	BGBI. I S. 1934	15.12.2010
G 1	Verordnung (EU) Nr. 1234/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates (Verordnung über die einheitliche GMO) hinsichtlich der im Rahmen des deutschen Branntweinmonopols gewährten Beihilfe		ABI. L 346 vom 30.12.2010, S. 11	31.12.2010, gültig ab 01.01.2011
G 2	Verordnung (EU) Nr. 849/2010 der Kommission vom 27. September 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abfallstatistik		ABI. L 253 vom 28.9.2010, S. 2	18.10.2010
G 3	Verordnung (EU) Nr. 33/2010 der Kommission vom 12. Januar 2010 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 10 vom 15.1.2010, S. 9	04.02.2010
G 3	Verordnung (EU) Nr. 91/2010 der Kommission vom 2. Februar 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1982/2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten hinsichtlich der Liste der von der Statistik ausgenommenen Güter, der Übermittlung von Informationen durch die Steuerbehörde und der Qualitätsbewertung		ABI. L 31 vom 3.2.2010, S. 1	23.02.2010, gültig ab 01.01.2010
G 3	Verordnung (EU) Nr. 92/2010 der Kommission vom 2. Februar 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 471/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern hinsichtlich des Datenaustauschs zwischen den Zollbehörden und den nationalen statistischen Stellen, der Erstellung von Statistiken und der Qualitätsbewertung		ABI. L 31 vom 3.2.2010, S. 4	23.02.2010, gültig ab 01.01.2010
G 3	Verordnung (EU) Nr. 96/2010 der Kommission vom 4. Februar 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1982/2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten hinsichtlich der Vereinfachungsschwelle, des Handels nach Unternehmensmerkmalen, besonderer Waren und Warenbewegungen und der Kodierung der Art des Geschäfts		ABI. L 34 vom 5.2.2010, S. 1	25.02.2010, gültig ab 01.01.2010
G 3	Verordnung (EU) Nr. 113/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 471/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern hinsichtlich der Abdeckung des Handels, der Definition der Daten, der Erstellung von Statistiken des Handels nach Unternehmensmerkmalen und Rechnungswährung sowie besonderer Waren oder Warenbewegungen		ABI. L 37 vom 10.2.2010, S. 1	02.03.2010, gültig ab 01.01.2010

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
G 3	Verordnung (EU) Nr. 169/2010 der Kommission vom 1. März 2010 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften		ABI. L 51 vom 2.3.2010, S. 2	22.03.2010, gültig ab 01.07.2010
G 3	Verordnung (EU) Nr. 211/2010 der Kommission vom 11. März 2010 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 65 vom 13.3.2010, S. 14	02.04.2010
G 3	Verordnung (EU) Nr. 494/2010 der Kommission vom 25. Mai 2010 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 140 vom 8.6.2010 S. 19	Artikel 1 gilt mit Wirkung vom 15.12.2009 Artikel 2 gilt mit Wirkung vom 01.01.2010
G 3	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 948/2009 der Kommission vom 30. September 2009 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 149 vom 15.6.2010, S. 27	
G 3	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur (KN) (2010/C 201/01)		ABI. C 201 vom 23.7.2010, S. 1	
G 3	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur (KN) (2010/C 201/02)		ABI. C 201 vom 23.7.2010, S. 2	
G 3	Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur (KN) (2010/C 201/03)		ABI. C 201 vom 23.7.2010, S. 3	
G 3	Verordnung (EU) Nr. 861/2010 der Kommission vom 5. Oktober 2010 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 284 vom 29.10.2010, S. 1	01.01.2011
G 3	Verordnung (EU) Nr. 1228/2010 der Kommission vom 15. Dezember 2010 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif		ABI. L 336 vom 21.12.2010, S. 17	01.01.2011
G 3	Verordnung (EU) Nr. 1238/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates hinsichtlich der Zollbefreiung für bestimmte pharmazeutische Wirkstoffe mit einem von der Weltgesundheitsorganisation vergebenen „Internationalen Freinamen“ (INN) und für bestimmte Erzeugnisse, die zur Herstellung pharmazeutischer Fertigerzeugnisse verwendet werden		ABI. L 348 vom 31.12.2010, S. 36	01.01.2011

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG, PRIVATE HAUSHALTE

H 1	Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht vom 8. Dezember 2010, <u>Artikel 36</u> Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes	14.12.2010	BGBI. I S. 1864	15.12.2010
H 1	Haushaltsbegleitgesetz 2011 vom 9. Dezember 2010, <u>Artikel 14</u> Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes <u>Artikel 22</u> Änderung des Wohngeldgesetzes	14.12.2010	BGBI. I S. 1885	01.01.2011 01.01.2011
H 1	Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz – GKV-FinG) vom 22. Dezember 2010 <u>Artikel 8</u> Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes	31.12.2010	BGBI. I S. 2309	01.01.2011
H 2	Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (Stipendienprogramm-Gesetz – StipG) vom 21. Juli 2010, § 13 Statistik	26.07.2010	BGBI. I S. 957	01.08.2010
H 2	Verordnung (EU) Nr. 822/2010 der Kommission vom 17. September 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 198/2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik der betrieblichen Bildung in Bezug auf die zu erfassenden Daten, die Stichprobenverfahren sowie die Genauigkeits- und Qualitätsanforderungen		ABI. L 246 vom 18.9.2010, S. 18	08.10.2010
H 2	Verordnung (EU) Nr. 823/2010 der Kommission vom 17. September 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen im Hinblick auf Statistiken über die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen		ABI. L 246 vom 18.9.2010, S. 33	08.10.2010
H 2	Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (23. BAföGÄndG) vom 24. Oktober 2010 <u>Artikel 1</u> Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes <u>Artikel 2</u> Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	27.10.2010	BGBI. I S. 1422	28.10.2010
H 2	Bekanntmachung der Neufassung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 7. Dezember 2010	16.12.2010	BGBI. I S. 1952	
H 2	Beschluss der Kommission vom 17. Dezember 2010 über Ausnahmeregelungen für Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Ungarn, Malta, Polen, Portugal, Finnland und das Vereinigte Königreich in Bezug auf die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen (2010/786/EU)	18.12.2010	ABI. L 335 vom 18.12.2010, S. 66	

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
H 3	Verordnung (EU) Nr. 481/2010 der Kommission vom 1. Juni 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf das Verzeichnis der sekundären Zielvariablen 2011 zur intergenerationalen Übertragung von Benachteiligungen		ABI. L 135 vom 2.6.2010, S. 38	22.06.2010
H 3	Verordnung (EU) Nr. 1157/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf das Verzeichnis der sekundären Zielvariablen 2012 zu Wohnbedingungen		ABI. L 326 vom 10.12.2010, S. 3	30.12.2010

Sachregister Jahrgang 2010 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

<u>Nr.</u>	<u>Nr.</u>
ALLGEMEINE BEITRÄGE	
Tagungen	
<u>Statistisches Bundesamt</u>	
Statistischer Beirat	2
Beiratsempfehlungen dem BMI übergeben	2
Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	4
<u>Sonstige Tagungen im Inland</u>	
Statistische Woche 2010 in Nürnberg	3
Statistische Woche 2010 der Städtestatistiker	4
<u>Internationale Organisationen</u>	
Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN)	1
Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS)	1, 2, 4
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	2
Sitzung des OECD-Statistikausschusses	2
Sitzung des ESS-Ausschusses und DGINS-Konferenz	3
<u>Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen</u>	
Elektronische Behördendienste gewinnen an Akzeptanz	1
Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ kostenfrei im Download	1
Homepage zu eSTATISTIK.core aktualisiert	1
Bildungsfinanzbericht 2009	1
Neue Veröffentlichung: Außenhandel in der Globalisierung	1
Krankheitskosten – neues Themenheft der Gesundheitsberichterstattung des Bundes	1
Deutschland – Land und Leute	1
Auf einen Blick: Wie geht es den Deutschen?	1
Die meisten Paare beziehen zeitweise gemeinsam Elterngeld	1
Kindertagesbetreuung regional 2009	1
Gemeinschaftsveröffentlichung „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007“	1
Jahresbericht 2009 erschienen	2
Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2010	2
Bericht „Bildung in Deutschland 2010“	2
Broschüre „Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen“ erschienen	2
Neue Veröffentlichung: Input-Output-Rechnung im Überblick	2
Statistisches Jahrbuch 2010 mit Sonderheft 20 Jahre Deutsche Einheit“ erschienen	3
Indikatorenbericht 2010 zur Nachhaltigen Entwicklung	3
<u>Besuche beim Statistischen Bundesamt</u>	
Hochrangige Besucher aus dem BMI	1
Eurostat Delegation diskutiert über Bevölkerungs- und Sozialstatistiken	1
Besuch des Direktors des Schweizer Bundes- amtes für Statistik (BFS)	1
Deutsch-Chinesisches Projekt „Statistische Gesetzgebung“	2
Besuch einer hochrangigen Delegation aus Brunei	2
BMI-Staatssekretärin Rogall-Grothe zum ersten Mal beim Statistischen Bundesamt	3
Bundestagsabgeordneter Michael Hartmann informiert sich über den Zensus 2011	4
Kooperation mit dem Nationalen Statistikamt der Volksrepublik China (NBS)	4
Besuch aus dem Internationalen Währungsfonds (IWS)	4
Unterstützung der Mongolei zur Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele	4
Informationsveranstaltung „Europäisches Statistisches System“	4
Besuch aus dem Bundeswirtschaftsministerium .	4
Seminarbesuch der Leiter der regionalen Statistikämter der Russischen Föderation	4
Studienbesuch aus Kasachstan	4
Besuch des russischen Statistikamtes	4
Sonstiges	
BMI strukturiert Fach- und Dienstaufsicht für Statistik neu	1
Zum Jahresanfang 2011	4
Beilage	
Tagungskalender	1, 2, 3, 4
Übersicht über im Jahre 2009 verkündete statistische Rechtsgrundlagen	1
Sachregister für den Jahrgang 2009 der Informationen aus der amtlichen Statistik	1
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes	1, 2, 3, 4

VERWALTUNG, BÜROKRATIEKOSTENMESSUNG**Sonstiges**

Organisatorische Änderung im Statistischen Bundesamt	1, 2
Bürokratieabbau: Bundesregierung zieht Zwischenbilanz	3

STRATEGIE UND PLANUNG, INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN, FORSCHUNG UND KOMMUNIKATION**Rechtsgrundlagen**

Vertrag von Lissabon in Kraft getreten	1
--	---

TagungenStatistisches Bundesamt

Fachausschuss „Regionalstatistik“	2
Workshop „Zugang zu europäischen Mikrodaten“ ..	2
19. Wissenschaftliches Kolloquium: Wohlfahrtsmessung – Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report	4
Gerhard-Fürst-Preis 2010	4

Sonstige Tagungen im Inland

Task Force zur Weiterbildung im ESS tagte in Wiesbaden	3
Hochschultag Amtliche Statistik: „Schöne neue Datenwelt“	4
Symposium „Was bewegt die Politik – wie relevant ist die Statistik?“ zum Weltstatistiktag	4

Sonstiges

ESSnet: Dezentraler Zugang zu europäischen Mikrodaten	1
Elektronische Fragebogen auf dem Prüfstand	1
Statistikschulung für Schlüsselkunden	1
Internationale Daten zur Urbanisierung veröffentlicht	2
Verbesserung des Datenangebots	3
Drittes Statistikseminar der statistischen Ämter Chinas, Deutschlands und Koreas	3
Vertragsunterzeichnung zum Weltbankprojekt „Stärkung des mongolischen Statistiksystems“ ..	3
Tag der offenen Tür bei der Bundesregierung	3
i-Punkt bei der Botschafterkonferenz 2010	3
2. Jahresbericht des ESGAB	4
Messe „MODERNER STAAT“ in Berlin	4
EDS gewinnt öffentliche EU-Ausschreibung	4

Neuer Veranstaltungszyklus für Bundestagsfraktionen	4
---	---

INFORMATIONSTECHNIK, MATHEMATISCH-STATISTISCHE METHODEN**Sonstiges**

ESS-net-Projekt „Small Area Estimation“	3
---	---

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN, ARBEITSMARKT, PREISE**Tagungen**Statistisches Bundesamt

Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	2, 4
--	------

Sonstiges

Bruttoinlandsprodukt 2009	1
Knapp 9 % aller Arbeitsverträge waren im Jahr 2008 befristet	1
Verbraucherpreise 2009 um 0,4 % gestiegen	1
STATmagazin „Später in den Ruhestand?“	3
Indikatorenbericht „Qualität der Arbeit – Geld verdienen und was sonst noch zählt“	3
STATmagazin „Rund neun Millionen Menschen wünschen sich (mehr) Arbeit“	3
Vermögensbilanzen neu zusammengestellt	4

UNTERNEHMENSREGISTER, VERDIENSTE, INDUSTRIE, DIENSTLEISTUNGEN**Tagungen**Statistisches Bundesamt

Fachausschuss „Klassifikationen“	1
Fachausschuss „Handelsstatistik“	1
Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“	2

Sonstiges

Einstellung der Stahlstatistik	1
Aufbau eines Europäischen Unternehmensgruppenregisters	1
Mehr Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009	1
Erstmals wieder mehr Baugenehmigungen im Jahr 2009	1
Tarifverdienste 2009 um 2,8 % gestiegen	1
Arbeitskosten und Lohnnebenkosten 2009	2
Neue Klassifikation der Berufe 2010	3

Deutsch-Chinesisches Projekt „Verdienste und Arbeitskosten	3
Weniger Todesopfer im Straßenverkehr	3
Neue Erkenntnisse zum Gender Pay Gap	4
IT-Sicherheitsprobleme bei Unternehmen	4

BEVÖLKERUNG, FINANZEN UND STEUERN

Rechtsgrundlagen

Änderung der gesetzlichen Arbeitsgrundlage der Finanz- und Personalstatistiken	1
Das neue steuerstatistische Gesamtsystem geht an den Start	1
Neue Rechtsgrundlage: Stichprobenverordnung Zensusgesetz 2011	3
Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) geändert	4
Neues Luftverkehrsteuergesetz (LuftVStG) eingeführt	4
Neue Durchführungsverordnung über Volks- und Wohnungszählungen	4

Sonstiges

Rückgang der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2009	1
Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern	1
Neuer Webauftritt: www.zensus2011.de	3
Erstmals mehr als 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland	3
Rund 60 % der alleinerziehenden Mütter sind erwerbstätig	3
Jährliche Körperschaftsteuerstatistik	3
Zensus 2011: Start der Vorbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung	4
Durchschnittliche Kinderzahl je Frau sinkt	4

LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, AUSSENHANDEL

Sonstiges

Umweltökonomische Gesamtrechnungen 2010 ...	4
---	---

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG PRIVATE HAUSHALTE

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Tagung „Pflege be(ob)achten - Einblicke anhand statistischer Daten“	1
Workshop „Indikatorensystem der Gesundheitsberichterstattung“	2

Sonstiges

Hochschulstandort Deutschland 2009	1
Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich	1
Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung	1
Jeder vierte Jugendliche lebt in einer alternativen Familienform	1
Ausgabe für Gesundheit 2008	2
20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz	2
Modellrechnung zum Ausbaubedarf bei Kindertagesbetreuung in den Ländern bis 2013	2
Neue Daten zur Gesundheit in Deutschland	3
Armutsgefährdung in deutschen Großstädten	3
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich	3
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA – Zur finanziellen Situation privater Haushalte in Deutschland	3
Private Haushalte zu einem Drittel durch Wohnkosten belastet	3
Demografischer Wandel: Zunahme der Engpässe beim Pflegepersonal	4
Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen sind die häufigste Todesursache bei Kindern	4
Trend zur Höherqualifizierung in der Ausbildung hält an	4

Abkürzungen

AES	= Adult Education Survey
AEUV	= Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union
AK VGR d L	= Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
AKJ	= Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik
AOLG	= Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden
AZR	= Ausländerzentralregister
BA	= Bundesagentur für Arbeit
BFS	= Schweizer Bundesamt für Statistik
BGBL	= Bundesgesetzblatt
BiB	= Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BiBB	= Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BMBF	= Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	= Bundesministerium des Innern
BStatG	= Bundesstatistikgesetz
CBS	= Central Bureau of Statistics, Niederlande
CES	= Konferenz Europäischer Statistiker
CESSDA	= Council of European Social Science Data Archives
CSIS	= Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft
CSTAT	= Committee on Statistics
CVTS	= Continuing Vocational Training Survey
DEGS	= Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland
DGD	= Deutsche Gesellschaft für Demographie
DGINS	= Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter
DIME	= Direktorengruppe für Methodik
DIPF	= Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
DJI	= Deutsches Jugendinstitut
DStatG	= Deutsche Statistische Gesellschaft
ECOSOC	= Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EDS	= Europäischer Datenservice
EGR	= EuroGroups-Register
EHIS	= The European health interview survey
ESAC	= Europäischer Beratender Ausschuss für die Statistik
ESGAB	= Europäische Beratungsgremium für die Statistische Governance
ESS	= Europäisches Statistisches System
ESSOS	= Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken
ESVG	= Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EUV	= Europäische Union Vertrag
EUStatVO	= Europäische Statistikverordnung
Eurostat	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
GFSM	= Government Finance Statistics Manual
GEDA	= Gesundheit in Deutschland aktuell
GESIS	= Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim
GIS	= Geoinformationssystem
UNDP/HDO	= United Nations Development Programme/Human Development Report
HGrGMoG	= Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz
HS	= Harmonisiertes System
IAB	= Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
IKT	= Informations- und Kommunikationstechnologie
INSEE	= National Institute of Statistics and Economic Studies - France
INSPIRE	= Infrastructure for Spatial Information in Europe
ISTAT	= Nationales Institut für Statistik in Italien
ISCO	= International Standard Classification of Occupations
IS-GBE	= Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes
IWF	= Internationale Währungsfonds
JAP	= Jahresarbeitsprogramm
KAZSTAT	= Kasachische Statistikamt
KiGGS	= Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland
KldB	= Klassifikation der Berufe
KMU	= Kleinere und mittlere Unternehmen
KMK	= Kultusministerkonferenz

KN	= Kombinierte Nomenklatur
LIPS	= Lern- und Informationsplattform Statistik
LIGA	= Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen
LuftVStG	= Luftverkehrsteuergesetz
MJP	= Mehrjahresprogramm
MS	= Mitgliedstaaten
NBS	= National Bureau of Statistics China
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ONS	= Office for National Statistics, Großbritannien
RatSWD	= Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten
ROSSTAT	= Russischer Statistikdienst
SAE	= Small Area Estimation
SDDS	= Special Data Dissemination Standard
SEEA	= Systems of Environmental Economic Accounting
SNA	= System of National Accounts
StStatG	= Steuerstatistikgesetz
URS	= Unternehmensregistersystem
UN	= Vereinte Nationen
UNECE	= United Nations Economic Commission for Europe
VDSt	= Verband Deutscher Städtestatistiker
WHO	= Weltgesundheitsorganisation
WZ	= Wirtschaftszweige

**Personenregister zum Jahrgang 2010
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

	<u>Nr.</u>		
Statistischer Beirat		Wein, Elmar 2	
Dziambor, Ursula.....	1	Statistische Ämter der Länder	
Farcke, Bernt.....	3	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	
Gießübel, Rainer.....	3	Köker, Jochen.....	4
Herritsch, Herbert.....	1	Laun, Helmut.....	2, 4
Kerber, Markus.....	2	Meissner, Gabi.....	4
Knieps, Manfred.....	1	Stutzer, Erich.....	4
Lohmann, Beate.....	2	Votteler, Martin.....	3
Loo van de, Kai.....	1	Statistisches Landesamt Bremen	
Mänz-Welten, Peter.....	1	Dinse, Jürgen.....	3
Recktenwald, Joachim.....	3	Meissner, Gabi.....	4
Reeh, Klaus.....	3	Schlichting, Karl.....	4
Rohde, Reinhard.....	1	Wayand, Jürgen.....	3
Statistisches Bundesamt		Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein	
Blang, Dorothee.....	3	Eppmann, Helmut.....	3
Bleses, Peter.....	3	Kirschner, Hans-Peter.....	3
Blumöhr, Torsten.....	3		
Bolleyer, Rita.....	2		
Bührer, Wilhelm.....	1		
Burg, Florian.....	3, 4		
Braakmann, Albert.....	4		
Cordes, Michael.....	2		
Dittrich, Stefan.....	2		
Dietz, Otto.....	3		
Gießing, Sarah.....	4		
Grillmaier, Gustav.....	1		
Grundmann, Thomas.....	3		
Grütz, Jens.....	3		
Hagenkort-Rieger, Susanne.....	2		
Hartmann, Roman.....	3		
Hoever, Jutta.....	1		
Koll, Simone.....	2		
Kolvenbach, Franz-Josef.....	3		
Kuhn, Andreas.....	1		
Linz, Stefan.....	2		
Luh, Thomas.....	3		
Mödinger, Patrizia.....	1		
Niebur, Oliver.....	3		
O'Donnell, Daniel.....	3		
Orth, Gerhard.....	3		
Raupach, Ringo.....	3		
Reimann, Wolfgang.....	3		
Rehm, Johann.....	2		
Römer, Peter.....	3		
Rosenow, Christiane.....	2		
Schepp, Susanne.....	2, 4		
Schmalwasser, Oda.....	2		
Schmidt, Joachim.....	3		
Schwamb, Hans Joachim.....	3		
Singer, Jasmin.....	1, 3		
Speth, Hans-Theo.....	3		
Spörel, Ulrich.....	3		
Tümmler, Thorsten.....	2, 3, 4		
Walter, Kristina.....	1		

Organisationsplan

Stand: 21. März 2011, Aktenzeichen: A101/13010011-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
 Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefon: +49 (0) 611 75-1
 Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
 Telefon: +49 (0) 22899 643-0
 Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDs Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds.destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
 Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
 Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

- Dienstort Wiesbaden
- Dienstort Wiesbaden/Bonn
- Dienstort Bonn
- Dienstort Berlin

^{*)} Zweigstelle Bonn
^{**)} zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn